Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1919

169 (24.7.1919)

Visual Library

No. 169. Karlsruhe, Donnerstag den 24. Juli 1919. 39. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatl. 1.60 M, vierteljährl. 4.80 M. Zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.70 M, vierteljährl. 5.10 M; durch die Post 1.74 M bezw. 5.22 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: ½8—½1 und 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 25 ₰, zuzügl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluß ½9 vorm., für größ Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Ein großer Tag in Weimar.

Erklärung der Reichsregierung.

Weimar, 23. Juli. Die mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung wiederum hinausgeschobene Entgegennahme der Erklärungen der Regierung konnte nun endlich heute von statten gehen. Die Reihen der Abgeordneten waren heute fast vollständig besetzt. Der außerordentlich starke Besuch der Tribünen und das vollständige Erscheinen der Minister und Regierungsvertreter wiesen auf einen Tag von großer politischer Bedeutung hin. Gleich nach Beginn der Sitzung betrat Ministerpräsident Bauer das Rednerpult und trug seine programmatische Erklärungen mit großer Schlichtheit und Ruhe vor. Die beifällige Begrüßung die er schon bei seinem Erscheinen fand, steigerte sich während seiner Rede zu wiederholten Beifallskundgebungen des Hauses, die auch durch das Zischen der äußersten Rechten nicht abgeschwächt werden konnten. An diese Ausführung schloß sich die Rede des Außenministers Müller an, der ebenfalls weit über eine Stunde sprach und mit großer Aufmerksamkeit gehört wurde. Hier unterstrich das Haus mit einmütiger Zustimmung seine Bemerkungen über die Schwere der uns auferlegten Friedensbedingungen und zollte ihm anhaltenden Beifall, als er die Hoffnung aussprach, daß es bald zu einer Revision des Friedensvertrages kommen würde. Unter anhaltenden Bravorufen ging das Haus auseinander. In die Debatte über diese Erklärungen wird erst morgen eingetreten werden.

*

Weimar, 23. Juli. Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme der

Erklärung der Reichsregierung.

Reichsminister **Bauer** führt aus:

Meine Damen und Herren! Sie haben vor 14 Tagen unter dem Zwang der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert. Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßte. Auch diejenigen, die im alten Reich in der schärfsten Opposition standen, haben in diesem Augenblick von manchem Abschied nehmen müssen, was ihnen teuer und wert gewesen ist. Aber das Leben geht weiter.

Arbeit an der

Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau

unseres zusammengebrochenen Volkes, unserer zertrümmerten Wirtschaft, unseres schwergefährdeten sittlichen Bewußtseins, all das muß mit den gleichen Mitteln auf dem gleichen Boden geleistet werden. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigung und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde.

Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten 8 Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das Eine oder das Andere zu tun und zu bessern. Ich erinnere nur an die grundlegende

Umgestaltung unseres Strafrechts

und unseres bürgerlichen Rechts, die bereits in vollem Gange ist und die Demokratisierung unserer Rechtsprechung bringen wird. Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszuüben. Damit bin ich wieder bei der Zukunft und ihren Aufgaben. Wir müssen die Kräfte im Volk schaffen und ausbilden, welche die Demokratie, soweit sie noch auf dem Papiere steht, ins Leben übertragen. Dies Schaffen und Ausbilden muß da anfangen, wo der wahre Mensch selbst anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verleihen, daß ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Mit Gewaltsamkeiten ist keine Entwicklung zu fördern. Jedes Handwerk setzt seine Lehrzeit voraus, und das Regieren erst recht, obwohl Demagogen dem Volk heut vorreden wollen, dies verantwortungsvollste Handwerk lerne sich in ein paar Volksversammlungen und mit ein paar Resolutionen. Wir müssen wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen, wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen, damit die Demokratie in der deutschen Republik keine Aeußerlichkeit, sondern der Geist des Volkes werde.

Die Herren Unabhängigen sind es, die diese

„Diktatur des Proletariats“

als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Aber schon das Schlagwort an sich ist unrichtig. Weite Kreise des Proletariats lehnen diese Diktatur, wie jede andere ab, selbst Friedrich Adler, der radikale österreichische Führer, hat bei der Wiener Reichskonferenz nachgewiesen, daß an eine Diktatur des Proletariats nicht gedacht werden könne. Was die Unabhängigen wollen, wäre nicht einmal eine Klassenherrschaft, sondern die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse. Aber mit der übergroßen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, zeistloses und unzweckmäßiges Mittel aufs Entschiedenste ab.

Wenn Sie den Beweis dafür haben wollen, so sehen Sie doch nach Rußland, das genau, wie es einst in der zaristischen Sünden Maienblüte das Vorbild unserer Reaktion gewesen ist, heute als das gelobte Land unserer Allerradikalsten gilt. Dort hat eine Diktatur von heute auf morgen „sozialisiert“, das heißt den Arbeitern den Betrieb unternehmer- und direktorenrein in die Hand gegeben. Und was war die Folge? Schon seit Monaten sind Unternehmer und Direktoren wieder zurückgeholt worden, mit Riesengehältern und mit den alten Vollmachten, genau so, wie die Offiziere des Zaren in die „Rote Armee“ zurückgeholt worden sind, zusamt der Kommandogewalt und der blinden Disziplin!

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den **wilden Streiks**, die seit Wochen rings um uns aufschießen, abflauen und plötzlich wieder losbrechen, und das in einem Augenblick, wo Nationalversammlung und Regierung mit der Zustimmung der großen Volksmehrheit ihr Wort für die Erfüllung des Friedensvertrages nach Kräften verpfändet haben. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in einem Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands erklärt: „Der Wahnglaube, durch Putsche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein- für allemal abgetan.“ Wir wollen gern glauben, daß dies die Ansicht der offiziellen Parteileitung ist, und daß der Passus mehr ist, als eine Salvierung für den Fall, daß dennoch Putsche kommen. Angesichts der Haltung der sogenannten „revolutionären Obleute“, die in ihrer Mehrzahl der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, ist der Zweifel zumindestens erlaubt, ob diese Ansicht der Parteileitung für die Gesamtpartei verbindlich ist. Aber der Satz klingt noch seltsamer, wenn man bedenkt, daß er geschrieben wurde, gerade zu einer Zeit sich ewig wiederholender Putsche! Denn was sind denn diese Streiks anders als unblutige Putsche, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volk durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schaden zufügen, als je ein Straßenkampf.

Der wurde am allerletzten Abhilfe schaffen können, der nicht den berechtigten Kern in dieser Streikbewegung zu erkennen vermag. Auf der einen Seite Genußsucht und zügellose Verschwendung, ein Prassen dank einem sinnlos verteuerten Schleichhandel auf Kosten der Allgemeinheit, Kapitalflucht und Verschiebung von Vermögenswerten. Auf der anderen Seite, trotz aller Erhöhungen immer noch Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten, ganz gewiß aber nicht zur Bezahlung von unrationierten Lebensmitteln ausreichen. So stellt sich weiten Arbeiterkreisen heute die Lage dar. Und nun greifen sie zu dem einzigen Mittel, das nicht bessern, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik! Auf wessen Anraten? Wer hat zumindestens nicht abgeraten, nicht vor den Folgen gewarnt? Meine Damen und Herren, nicht nur einzelne Vorgänge berechtigen uns, von frevelhaftem Mißbrauch zu sprechen, den kommunistische und andere Drahtzieher mit den Arbeitern, mit ihren berechtigten Forderungen, mit all diesen wilden Streiks getrieben haben. Die akademische Anerkennung von der Torheit der Putschtaktik nützt gar nichts. Hier sind ja Putsche, hier werden ja Putsche veranlaßt.

Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind die

Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben.

Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der anderen außerordentliche Steigerung der Löhne, das hat den Grund auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgestaltet.

Die Umschichtung im Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß muß ihren Ausdruck auch in unseren öffentlichen Einrichtungen findenn. Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über

Arbeiter-Räte und Wirtschaftsräte

vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung, lediglich als Arbeitskraft, heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht, es setzt über das Privatinteresse das Allgemeinnteresse, es beendet ein für allemal das Zeitalter der „lebendigen Maschine“ und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus, zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer.

Während die Reichsregierung so generell das Machtverhältnis innerhalb des Wirtschaftslebens auf neue Grundlagen stellt, geht sie in besonderen dazu geeigneten Fällen weiter. Sie zieht aus dem Arbeitsprogramm des Kabinetts Scheidemann, das von ihr übernommen wurde, die Konsequenzen, indem sie diesem hohen Hause in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen wird, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden

Stromerzeugungsanlagen

(über 5000 Kilowatt), soweit sie nicht bereits kommunalisiert oder im Besitz der Freistaaten sind, sowie die Hochspannungsleitungen (über 30 000 Volt) in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Ein weiteres Gesetz, das die

Braunkohlenerzeugung sozialisieren

soll, hoffen wir binnen kurzem zur Vorlage reif zu machen.

Die Verfassung schafft die Reichseisenbahnen. Die Sozialisierung von Elektrizität und Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht das Reich zum wichtigsten Faktor dens Wirtschaftslebens! Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wrichaftsleben die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält. Das Reich ist niemandem gegenüber, sei es die Großindustrie, sei es sonst en Konzern, in Zukunft machtlos.

Meine Damen und Herren, ein Wort zu der vielberedeten „Planwirtschaft“.

Das Kabinett hat diese Zwangskartellierung aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt, die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts vor allem, weil sie in der Planwirtschaft die ernsteste Gefahr für die völlige Durchführung des Sozialismus sehen! Die Regierung will die Zwangsjacke der Kriegsgesellschaften nicht gegen eine neue, für den Frieden zugeschnittene vertauschen.

Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten Schaffung von Betriebsräten und von Bezirkswirtschaftsräten, die in einem Reichswirtschaftsrat ihre Spitze finden sollen, entschlossen. Das Gesetz über die Betriebsräte wird Ihnen in diesen Tagen, der zweite Teil über Bezirkswirtschaftsräte im Herbst zugehen. In diesen Organisationen sieht die Regierung die aus dem werktätigen Volk heraufwachsenden Instanzen, die Vorbereiter und später Träger der Sozialisierung sein sollen. Aber weiter: die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet. Diese wäre aber — das wird mir dies hohe Haus bestätigen — aufs ernsteste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und behördlich das ganze Wirtschaftsleben gegängelt würde. Dazuhin hat die Okkupation im Westen unsere Grenzen in einer Weise flüssig gemacht, daß dem Schleichhandel alles zugänglich ist, während der lohale Handel nach wie vor in den Fessen unfrei machender Vorschriften läge. Das bedeutet für die Industrie: entweder Paktieren mit unsauberen Schleichhandelsexistenzen und dadurch Arbeitsmöglichkeit — oder lahmgelegt zu sein, während die weniger gewissenhafte Konkurrenz im vollen Betrieb ist. Der stärkste Grund aber gegen eine Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens nach einem Schema ist der, daß die Bedürfnisse der einzelnen Industrien völlig verschieden sind, daß die Krankheitserscheinungen der einzelnen Wirtschaftszweige nicht mit ein- und derselben Medizin geheilt werden können.

Wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, den Völkerbund erschaffen muß.

Nach dem Ministerpräsidenten ergreift

Minister des Aeußern Müller

das Wort.

Als das Staatswesen, das am weitgehendsten die Frauen als voll gleichberechtigte Staatsbürgerinnen im öffentlichen Leben beteiligt, als das Staatswesen, das die Forderung der internationalen organisierten Arbeiterklasse, wie sie in Bern und Leeds formuliert wurden, zu seinem Programm erhoben hat, treten wir in die neue Zeit ein. Durch den härtesten Frieden gefesselt, der seit Einführung der christlichen Zeitordnung je einem Volke auferlegt wurde, müssen wir dennoch versuchen, auf den freiheitlichen Bahnen vorwärts zu schreiten. Nur so können wir moralische Eroberungen in der Welt machen. Die Welt soll sich davon überzeugen, daß der Verlust der 2 Millionen Toten, die dieser Krieg Deutschland gekostet hat, in dem deutschen Volke die Ueberzeugung gefestigt hat, daß Streitigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgefochten werden dürfen. Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Zu einem Segen für die ganze Welt wird

die Abrüstung

dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird. Die Seele unserer Jugend soll nicht durch Haßgesänge vergiftet werden. Der Chauvinismus war bei allen Völkern eine der Quellen, die zu diesem Kriege geführt haben. Die Wlt hat an diesem einen Weltkrieg wahrlich genug. Die Pflege dieses Ideales des Rechtes ist nicht die Folge unserer militärischen Niederlage, das wär nur ein äußerliches Ergebnis. In Wirklichkeit hatten die letzten Jahre des Krieges bereits die militaristischen Auffassungen in den breiten Massen unseres Volkes völlig unterhöhlt; nur weil diese Sinnesänderung eine so umfassende und tiefgreifende war, konnte die Revolution in den Novembertagen des vergangenen Jahres so unblutig siegen, sich so rasch über ein großes Reich ausbreiten, wie noch niemals eine Revolution in der Geschichte.

Je mehr wir zeigen, daß es dem deutschen Volke mit dem Gedanken des ewigen Friedens heiliger Ernst ist, desto leichter machen wir es den von unserem Volkskörper losgerissenen Deutschen, ihr Deutschtum auch unter fremder Flagge rein zu bewahren. Wir müssen die Welt von unserem

unerschütterlichen Friedenswillen

überzeugen. Gegen die unselige Politik der Allianzen arbeiten wir am besten, indem wir uns an keiner beteiligen und so den Boden für einen wirklichen Bund der Völker vorbereiten, nachdem sich die Besten in allen Ländern von ganzem Herzen sehnen. Das Zeitalter der Diplomatie mit ihrem Intriguenspiel soll abgeschlossen sein. Die vorbereitende Arbeit, welche Graf Brockdorff-Rantzau und seine Mitarbeiter für die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes in Versailles geleistet haben, wird die objektive Geschichtsforschung einmal dankbar anerkennen. Ein Völkerbund ohne das deutsche Volk und ohne das russische Volk ist kein Völkerbund. Nur ein alle, die guten Willens sind, umfassender Völkerbund kann den großen Aufgaben gerecht werden, die nach 5jähriger Massenvernichtung von Menschen und Gütern sich der Menschheit stellen. Wir haben uns unter dem Zwange der Verhältnisse verpflichten müssen, den Vertrag loyal zu erfüllen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zu dieser Erfüllung bis zur Grenze unserer Fähigkeiten ernst ist. Wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit allen loyalen Mitteln die

Revision des Vertrages

erstreben.

Noch sind nicht alle die Probleme gelöst, die die Liquidation des Weltkrieges aufgeworfen hat. Wie sich die Ostfragen im Ganzen in der nächsten Zukunft gestalten werden, ist noch nicht zu übersehen. Ueber Rußlands zukünftige Entwickelung zu sprechen ist zwecklos. Seit Jahr und Tag wird der baldige Untergang der Sowjetmacht in Aussicht gestellt. Wir müssen uns aber heute noch an die Tatsache halten, daß in den Zentren des russischen Lebens insbesondere in Moskau, Lenin noch herrscht. Für die deutsche Regierung muß als Grundsatz feststehen, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten des russischen Volkes nicht einmischen, ebenso wie wir uns eine russische Einmischung in unsere eigenen inneren Angelegenheiten verbitten. In westeuropäischen Ländern wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die russische bolschewistische Bewegung von der deutschen Regierung unterstützt würde, und daß wir bestrebt seien, den Bolschewismus nach Westeuropa zu tragen. In Deutschland brauche ich nicht zu versichern, wie falsch diese Behauptungen sind. Im Norden des ehemaligen russischen Reiches sind neue Staatengebilde entstanden, ein lettischer und ein esthnischer Staat. Die Regierung der deutschen Republik wünscht gute Beziehungen zu den Völkern jener Länder. Wir erwarten, daß deutsche Wissenschaft in der kommenden Zeit wieder ein Bindemittel zwischen ihnen und uns sein wird. In diesem Zusammenhang will ich gleich auf die Frage eingehen, die der Abg. Hermann (Posen) in diesem hohen Hause über die Vorgänge im Baltikum eingebracht hat. Ein Beschluß, das Baltikum von deutschen Truppen zu räumen, wurde bereits von dem früheren Kabinett gefaßt. Wenn die Räumung tatsächlich bisher nur teilweise erfolgt ist, so war daran nicht allein die Schwierigkeit des Abtransportes schuld, sondern auch die ungeklärte politische und militärische Lage und die Sorge um Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung jener Gegenden. Jetzt ist dort eine provisorische lettische Regierung gebildet. Die Verhandlungen über die völlige Räumung sind also im Gange. Die Regierung hat ganz unzweideutig erklärt, daß sich die Räumung Lettlands so schnell wie möglich zu vollziehen hat.

Im Baltikum steht neben reichsdeutschen Truppen die baltische Landeswehr. Von den Freiwilligen, die in jenen Gegenden kämpften, hatten sich viele in der Hoffnung auf Ansiedelung anwerben lassen. Die frühere lettische Regierung hatte fremdstaatlichen Heeres-Angehörigen, die mindestens 4 Wochen für die Befreiung des Gebietes des lettländischen Staates tätig waren, das volle Staatsbürgerrecht zu gewähren versprochen. Dadurch sollte diesen Freiwilligen die Ansiedlung ermöglicht werden. Die derzeitige lettische Regierung erkennt dieses Recht nicht an. Das ist für viele Freiwillige eine schmerzliche Enttäuschung. Wir haben aber keine Möglichkeit, diese Mitglieder der baltischen Landeswehr in ihren Forderungen nach dem versprochenen Siedlungsland mit Erfolg zu unterstützen.

Kein Volk hat in diesem Kriege verhältnismäßig so viele Tote verloren, soviel Verwüstungen erlebt und soviel Opfer bringen müssen, als das französische Volk. Zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräften am Wiederaufbau in den verwüsteten Gegenden mitzuwirken. Ich appelliere an die deutschen Arbeiter, an die deutschen Techniker und Architekten, daß sie sich bereit halten, wenn der Ruf an sie ergeht, aus den trostlosen Ruinen jener Gegenden wieder blühendes Leben erstehen zu lassen. Ich nehme dabei an, daß die uns unbedingt notwendigen Rohstoffe geliefert werden, und daß unsere Kohlen- und Eisenindustrie nicht durch unzweckmäßige Auflagen in ihrer Entfaltung gehemmt werden, damit wir diese große und schwierige Aufgabe auch wirklich erfüllen können. Ich erwarte, daß die Arbeit, die wir auf französischem Boden zu leisten haben, und die wir gern leisten wollen, dazu beitragen wird, die beiderseitigen Beziehungen auf einen anderen Fuß zu bringen.

Redner berührt kurz den Vorfall Mannheimer und die französische Note, die eine Million Sühnengeld fordert. Solche Maßnahmen können nicht der Versöhnung der Völker dienen.

Von dem Geiste der Versöhnung, der die neue Zeit beherrschen soll ist in den Reden der meisten Staatsmänner der Entente zur Zeit überhaupt noch wenig zu spüren. Ich will für heute nur Lloyd George eine kurze notwendige Antwort auf die Rede geben, die er im englischen Unterhause hielt, als er den

Versailler Vertrag

zur Genehmigung vorlegte. Lloyd George sagte dort, der Friedensvertrag bezwecke, ein Exempel an Deutschland zu statuieren. Das scheint allerdings so zu sein, aber das bestätigt, daß der Vertrag ein Bruch des Novemberabkommens ist, wie überhaupt der Friedensvertrag die Lansingsche Note zu einem Fetzen Papier gemacht hat. Was soll es heißen, wenn Lloyd George von dem Deutschland, das in den Völkerbund aufgenommen werden will, die Einsicht verlangt, daß die Politik in den letzten 150 Jahren ein bitterer Fehler gewesen sei. In den letzten 150 Jahren hat die englische Politik mehr an der Seite des preußischen gestanden, als an der irgend eines andern Volkes. Seit dem spanischen Erbfolgekrieg dankt es England mehr als einmal dem preußischen Degen, wenn es seine Kontinentalpolitik durchsetzen konnte. Und auch in England sollte man das Wort nicht vergessen, das Welington bei Waterloo sprach: „Ich wollte es wäre Nacht oder die Preußen kämen.“ Lloyd George soll an seine eigene Rede vom 29. Juni 1908 denken, in der er ausrief: „Wir halten eine überwältigende Uebermacht zur See, trotzdem fingen wir an, Dreadnaugouts zu bauen. Sehen Sie die Ungerechtigkeit des Zweimächtenmaßstabes, sehen Sie Deutschland an, für Deutschland bedeutet seine Armee dasselbe, wie für England seine Flotte, den einzigen Schutz gegen feindliche Invasion, Trotzdem befolgt Deutschland keinen Zweimächtemaßstab. obwohl es zwischen zwei Militärmächten liegt, die seiner Armee eine weit überlegene Truppenzahl gegenüberstellen können!“ Das ist heute alles vergessen. —

Die Rede des Ministerpräsidenten findet an vielen Stellen die Zustimmung des Hauses, die sich am Schlusse zu langanhaltenden Beifallskundgebungen und Händeklatschen steigert. Dem Reichsminister des Aeußern zollt die Nationalversammlung besonderen Beifall, als er Deutsch-Oesterreich stammesbrüderlicher Treue versichert. Am Schluß lebhaftes Bravo, vor allem auf der Linken.

Darnach schlägt der Präsident vor, die Sitzung zu vertagen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr vormittags: Interpellationen über die Planwirtschaft und den Landarbeiterstreik.

Präsident Fehrenbach: Ich habe die Absicht, morgen zuerst den Interpellanten zur Begründung der Interpellationen das Wort zu geben. Ich unterstelle dabei, daß sie möglichst kurz unter vollständiger Beschränkung auf die Interpellation sprechen werden und daß die Regierung kurz antworten wird. Daran wird sich die politische Aussprache in der Reihenfolge der Parteien schließen. Die Parteien der Interpellanten würden dann auch zu Wort kommen unter der Voraussetzung, daß sie sich auf den Inhalt der Interpellationen beschränken und sich nicht auf allgemeine politische Erörterungen einlassen. Schluß 12½ Uhr.

Schuld und Partei?

Man kann es jetzt oft hören, bei der nächsten Wahl würden wir Sozialdemokraten nicht wieder so gut abschneiden, die Wahlen würden ganz anders ausfallen.

Wie werden sie denn ausfallen? Die einen sagen, viel radikaler würden sie werden, die anderen meinen, viel bürgerlicher. Schon das ist ein seltsamer Widerspruch. Die einen meinen, wir seien nicht radikal genug, und die anderen behaupten, es müsse weniger radikal regiert werden. Was aber beiden gemein ist, das ist dies, man ist mit den gegenwärtigen Zuständen nicht zufrieden. Aber sind an ihnen wir Sozialdemokraten schuld? Haben wir den Hunger verschuldet, die Blockade, den Krieg, die Riesenschulden, die Geldentwertung, die sittliche Verwilderung? Haben das alles nicht die auf dem Gewissen, die diesen entsetzlichen Krieg haben zustande kommen lassen? Und ist nicht das Schicksal, das über die Monarchien in Rußland, Oesterreich-Ungarn und Deutschland hereingebrochen ist, ein wohlverdientes? Haben die nicht so regiert, daß dies schreckliche Unglück über die Völker hereingebrochen ist? Wärs denn etwa heute besser, wenn wir noch die Monarchie hätten!? Hätte die uns die Niederlage fernhalten können? Sie hat das Unerhörteste angestellt, um sich hochzuhalten. Aber es war ja zuletzt doch nicht mehr möglich.

Nichts kann man der Sozialdemokratie vorwerfen, das sie verschuldet habe. Was sich heute an „Unabhängigen“, Kommunisten, Bolschewisten, Konfusionisten zum Schaden des Volkes austobt, das hat die Sozialdemokratie nicht zu verantworten. Das sind Früchte des Kriegshammers und der mangelnden politischen Bildung. Will man wissen, was der Sozialdemokratie zuzuschreiben ist, dann frage man sich, was denn zum Beispiel bei uns in Baden fehlen würde, wenn wir normale Ernährungsverhältnisse hätten. Alles was von uns Sozialdemokraten neues hervorgebracht ist und neues vorbereitet wird, dient nur dem, das Leben des Volkes hervorragend zu verbessern. Alles Mangelhafte aber, die tollen Preise, die Schieber- und Wucherwirtschaft, die Spitzbüberei, der Mord und Totschlag, die endlose Revolutionsmacherei und Putscherei, alles das ist nicht von der Sozialdemokratie gewollt, alles dies fließt aus der einen Quelle, dem Hunger und der Not, und wird mit dieser verschwinden.

Darum, Parteigenossen, laßt euch nicht irre machen, laßt euch nicht vorreden, die Sozialdemokratie habe versagt. Was heute fehlt, worunter wir heute leiden, das alles hat die Sozialdemokratie nicht verschuldet, das ist die Folge von Dingen, für die die Gegner der Sozialdemokratie die Verantwortung tragen. Darum könnte es nichts Törichteres in aller Welt geben, als wenn man deshalb, weil wir noch Hunger haben und Mangel leiden, konservativ wählen wollte oder zu den „Unabhängigen“ gehen wollte, die am meisten mit daran Schuld tragen, daß unser Volk noch nicht zur Ruhe kommt, um in Ordnung seine bessere Welt zu bauen.

Wir glauben auch nicht, daß das Volk der Wähler so töricht sein wird, sich bei der nächsten Wahl völlig zu vergreifen und der Sozialdemokratie deshalb seine Stimme entziehen, weil das Elend der Gegenwart, das die Reaktion verbrochen hat, durch die Torheit der „Unabhängigen“ und der kommunistischen Freunde oder Feinde von links noch unnütz verlängert wird. Wir werden nicht ablassen, für das Volksganze wie bisher zu wirken, und dann werden wir an unseren Früchten zeigen, was wir geschaffen haben, und das wird für uns im Volke weiter werben. Es gibt nur eins, das uns von unserer Not befreien kann, Demokratie und Sozialismus und alles das, was mit diesen beiden zusammenhängt, alles dies in ruhiger, klarer Entwicklung zielbewußt gefördert zu einem Neubau der Gerechtigkeit.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 23. Juli. Laut „Vorwärts“ berichten die „Times“ über umfangreiche Streiks in den Vereinigten Staaten. In Neuyork lägen 500 Dampfer still. Die Heizer und die übrigen Maschinenarbeiter fordern Lohnerhöhungen von 10 Prozent. Neben der Ausfahrt zähle man 700 weitere Schiffe, die stilliegen müßten. Die Zahl der Ausständigen steige beständig.

Berlin, 22. Juli. Laut „Lokalanzeiger“ wurden einzelne Abteilungen in der großen Aktiengesellschaft von Julius Pintsch wegen Kohlen- und Weißblechmangels stillgelegt. Etwa 150 Beamte wurden entlassen. Die Firma zahlte den Entlassenen das Gehalt bis Ende Oktober bezw. November ohne gesetzliche Verpflichtung gestern aus. Arbeiter werden zunächst nicht beschäftigungslos. Aufträge sind genug vorhanden, können aber wegen Kohlen- und Blechmangel nicht ausgeführt werden. Bei den Firmen Borsig und Schwarzkopf sind es Arbeiterschwierigkeiten, die den Betrieb bedrohen. Die Lokomotivenerzeugung liegt ganz im Argen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Kündigung aller Arbeiter kommt.

Haag, 22. Juli. Zur Rettungstat des deutschen Kriegsgefangenen Bruckmann, der einen abgestürzten englischen Flieger unter Lebensgefahr aus einem brennenden Flugzeug rettete, schreibt „Daily Chronicle“ in einem Leitartikel, Bruckmann habe mehr als irgend einer seiner Landsleute zur Wiederherstellung menschlicher Bande zwischen England und Deutschland getan.

Amsterdam, 22. Juli. Das Pressebureau Radio meldet aus Neuyork: Die zionistische Organisation von Amerika teilt mit, daß bis zwei Millionen Juden von allen Teilen der Welt nach Palästina gehen werden. Man erwartet, daß eine Million aus Rußland kommen soll.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

28 — Nachdruck verboten.

Das gab mal eine tüchtige Landwirtin! Kestner bedauerte es aufrichtig, daß die Tochter nicht ein Sohn und zwar nicht gleich der älteste war; dann würde er doch vielleicht nicht an Verkaufen denken. Aber so —?! Er animierte den Sohn zu Besuchen in Chwaliborczyce.

„Ich mag nicht,“ sagte der Rittmeister. „Die Garczynska erwartet immer, daß man ihr die Cour schneidet. Und der Vikar, der immer da herumsitzt, ist mir unheimlich. Potz Kuckuck, so 'n junger Kerl muß doch auch noch Wünsche haben! Und er — Garczynski selber — na, weißt du, Papa, dem traue ich erst recht nicht! Die einzig nette ist die kleine Stasia, die Zase — wirklich ein allerliebstes Mädel!“

Der Vater überhörte das letzte. „Ein sehr intelligenter Mensch, der Garczynski — und so zuvorkommend! Kein Wunder, daß er diverse Orden hat! Ich muß gestehen, mir sind die Polen noch immer lieber als diese — nun, diese Leute, die sich jetzt auf einmal berufen fühlen, hier die Vorsehung zu spielen. Alle Welt stoßen sie vor den Kopf, ihr Deutschtum tragen sie in geradezu herausfordernder Weise zur Schau!“

Das ging auf Doleschal! Paul klapperte ungeduldig mit seinen langen, spitzen Nägeln auf den Tisch.

Sie saßen im Studierzimmer des Vaters. Draußen auf dem Hof kommandierte Kornelia, man hörte ihre spitze Jungmädchenstimme; sie ließ die kleinen Schecken anspannen, um zur Post nach Miasteczko zu fahren.

„Es ist ekelhaft,“ grämelte der Vater weiter, „wozu das Geschrei? Wir sollen uns keine Wanderarbeiter aus Russisch-Polen mehr kommen lassen,! Das wär ja noch netter! Da könnten wir ja bald unter Armenlasten und dergleichen ersticken! So, wenn einer seine Arbeit getan hat und seine Bezahlung gekriegt hat, geht er eben wieder. Dem Dobschal werden sie schon noch die Haare vom Kopf fressen — na, mir konn's gleich sein! Nur uns soll er ungeschoren lassen!“

„Aber, Papa!“ Der Rittmeister amüsierte sich über seinen alten Herrn. „Hanns-Martin tritt dir doch wirklich nicht zu noh, du siehst ihn ja kaum!“

„So, so — was du weißt! Ich sehe ihn nicht — ganz recht — aber ich höre ihn desto mehr. Er verdirbt alles hier! Nein alles! Ich bin wahrhaftig ein Reichstreuer und gut protestantischer Christ — unsre Familie hat seit Generationen den Protestantismus hochgehalten in der Provinz — aber warum denn dieser Trara mit Sedan? Das ist ja schon lange her! Und was hat das mit hier zu tun? Er soll übrigens an dem Tag gerade eine höchst taktlose Rede gehalten haben; der Probst von Pociecha war tief verletzt. Und mit Recht. Ich sprach ihn kürzlich. Wir spielen manchmal 'nen Skat zusammen — ein ganz gemütlicher Herr! Das geht nicht, hier immer den Deutschen 'rausbeißen! Hier haben Polen und Deutsche miteinander auf der Schulbank gesessen, hier können wir keine Hetzer brauchen. Und noch dazu sind wir ja auf die Leute angewiesen! Ich habe mich aber amüsiert, die Fahne auf dem Lysa Gora haben sie ihm 'runtergerissen und in tausend Stücke zerfetzt!“

„Lassen wir das, Papa!“ Des Sohnes lachendes Gesicht wurde ernst, und er runzelte die Brauen. Was ihm Helene erzählt, ganz im geheimen — sie hatte ihn dringend gebeten, bei Hanns-Martin nicht davon zu erwähnen, durfte der doch gar nicht ahnen, daß sie darum wußte — das, was sie ihm mit bebender Stimme, Tränen des Zornes und der Kümmernis in den schönen Augen, anvertraut hatte, das wurde nun schon öffentlich bespöttelt!

„Ich muß doch sehr bitten!“ Er sprang auf, wie die Herren im Offizierskasino aufzuspringen pflegen und hielt sich sehr gerade. „Freiherr von Doleschal ist mein Freund. Kein Wort mehr auf ihn. Adieu, Papa!“

Er ging steif zur Tür und machte sie unsanft hinter sich zu.

„Na, na!“ Ganz verdutzt sah ihm der Vater nach. Aber dann ärgerte er sich: was war denn das für eine Manier? Und das alles wegen Doleschal?!

Er trat ans Fenster und sah Paul auf den kleinen Wagen klettern, den Kornelia eben vom Hof herunter kutschieren wollte. Wahrhaftig, da fuhr der Junge mit, und sie hatten sich doch verabredet, zusammen zu den Fohlen zu gehen! Noch schöner nun hatte man schon mal endlich den Kohn hier und hatte doch nichts von ihm!

Ein heftiger Zorn gegen Doleschal erhob sich in ihm: wär der doch, wo der Pfeffer wächst! —

Die Geschwister fuhren gen Miasteczko. Kornelia hatte sich die Zügel nicht nehmen lassen. Der Husar fand rasch seine gute Laune wieder. Die Kleine fuhr ja wie ein Daus, immer auf dem Strich, trotz des miserablen Weges! Er fragte sie aus nach Fräulein Wollenberg: wie alt war die eigentlich, noch unter zweiundzwanzig?

„So sagt sie!“ Die Kleine lachte verschmitzt. „Weißt du, die, die ich voriges Jahr hatte, sagte zwar auch so, aber sie war viel älter; so gräßlich alt ist die jetzige nicht. Panienka ist ganz nett, was, Pawelek?“ Die Augen halb schließend, so daß die langen Härchen der Wimpern sich goldig auf die leicht sommersprossige blühende Wange legten, blinzelte sie den großen Bruder an.

Der Rittmeister hatte sich selten so gut amüsiert wie auf dieser Fahrt mit der kleinen Schwester. War die ein gescheites Mädel! Ueber alles wußte sie Bescheid: was dieser Acker einbrachte und jener, wie der Roggen gelohnt und wie hoch die Weizenpreise, und daß Papa verkaufen wollte — an die Kommission natürlich, wer sollte sonst so hoch bezahlen?! Das Verkaufen war Kornelia unangenehm. Sie wollte gern auf dem Lande bleiben — was sollte man in der Stadt? Wie ein Stoßseufzer klang's: wenn doch einer käme und sie heiratete, der ein recht großes Rittergut hätte! Am schönsten wäre schon eine Herrschaft. Schade, daß der Boleslew von Garczynski erst fünfzehn war — Papa würde gar nichts gegen den haben!

Angeregt plauderte sie weiter: wußte der Bruder schon, daß der Inspektor ging? Mama konnte ihn nicht mehr sehen. Es hatten sich schon mehrere gemeldet, aber Papa hatte sich noch zu keinem entschließen können; im Winter war ja so wie so faule Zeit, vielleicht, daß Papa einen dann ganz sparen wollte! Wenn doch ein recht netter genommen würde, ein junger, nicht so ein alter Knopp!

Sie sagte „Knopp“, nicht „Knopf“, und beide Geschwister lachten herzlich darüber. (Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 22. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.10 Uhr. Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes wird mit dem Artikel 18 (territoriale Gliederung des Reiches) fortgesetzt. Hier liegen ein Kompromißantrag, sowie eine große Anzahl Abänderungsanträge vor. In Verbindung mit Artikel 18 werden die Artikel 62 und 64 (Stimmrecht und Vertretung der Länder zum Reichsrat) beraten.

Abg. **Neumann** (Soz.): Die Gebietsänderungen sind durch den Kompromißantrag, dem wir zustimmen, wesentlich erleichtert, dagegen die Bestimmungen für die Volksabstimmungen wesentlich erschwert. Die Vorschriften über Gebietsänderungen ohne Zustimmung der unmittelbar beteiligten Bevölkerung sollen erst zwei Jahre nach Verkündigung der Verfassung in Kraft treten. Diese Sperrfrist ist in der Hauptsache im Hinblick auf die Verhältnisse im Westen eingeführt worden. Ich glaube ohne Widerspruch feststellen zu können, daß alle Vertreter der Rheinlande einig sind in der Auffassung, daß jetzt irgendwelche Loslösungsexperimente in den Rheinlanden nicht vorgenommen werden dürfen, daß es vielmehr für alle Parteien ohne Ausnahme gilt, eine Einheitsfront gegen die Franzosen herzustellen.

Abg. **Kaas** (Ztr.): In dem vorliegenden Kompromißantrag glauben wir die Möglichkeit einer ehrlichen Verständigung gefunden zu haben. Berechtigten Wünschen nach Neubildung muß der Weg geebnet werden. Ebenso nachdrücklich sind aber wilde Staatengründungen zu verhindern.

Abg. **Falk** (Dem.): Die rauhe Wirklichkeit zwingt uns auf den verschiedensten Gebieten zum Unitarismus. Eine Zertrümmerung oder Atomisierung Preußens in dieser Zeit würde ich für ganz besonders schädlich und unheilvoll halten. Ich bin ein Gegner der rheinischen Republik.

Abg. Dr. **Philipp** (D.N.): Wir werden alle Kräfte in Bewegung setzen, um die Teilung Preußens zu verhindern. Die Zertrümmerung Preußens ist das letzte Kriegsziel des Feindes und diesen Liebesdienst kann ihm Artikel 18 nur erleichtern. Wenn man sich im Rheinland auf den Druck des Feindes beruft, liegt darin nicht eine gewisse Drohung? Da muß es heißen: Landgraf werde hart. Ohne Preußen hätte gerade die Sozialdemokratie keine Existenzberechtigung. Morden Sie (nach links), Preußen und Sie morden sich selbst!

Preußischer Minister **Heine**: Preußen ist weit entfernt von jedem Partikularismus; aber das Preußen, das wir aufbauen wollen, ist nicht das alte Preußen. Ein Unitarismus, der damit anfangen wollte, daß man zunächst mal die bestehenden Kräfte der Einheit zerstückelt, wäre vollkommen sinnlos. Preußen ist nicht abgeneigt, im Interesse der Vereinheitlichung auch preußische Gebietsteile herzugeben, und es verhandelt darüber bereits mit dem Freistaat Hamburg und den thüringischen Staaten. Aber es ist undenklich, daß solche Dinge aus der Stimmung, vielleicht aus Verärgerung und aus den Schmerzen der Zeit heraus geschehen. Deshalb legt die preußische Regierung auch besonderen Wert auf die Sperrfrist. Es gibt für den Augenblick genug Probleme, die der Lösung harren. Da sollten wir uns doch die Arbeit nicht dadurch erschweren, daß wir das, was da ist und was brauchbar ist, den Apparat des preußischen Staates mit seiner Verwaltungsorganisation und den Männern, die an seiner Spitze stehen, über den Haufen werfen.

Abg. **Heinze** (D. Vpt.): Gerade als Sachse, der der preußischen Frage vollkommen objektiv gegenübersteht, bedauere ich um so tiefer die Abneigung, die sich vielfach gegen Preußen geltend gemacht hat. Eines der Kriegsziele unserer Gegner ist die Zertrümmerung Preußens gewesen. Wenn man den preußischen Staat vernichtet, so trifft man Deutschland ins Herz und macht den Wiederaufbau Deutschlands unmöglich.

Sächs. Justizminister **v. Brentano di Tremecco** polemisiert gegen den Abg. Philipp und wird schließlich durch lebhafte Schlußrufe aus allen Teilen des Hauses unterbrochen.

Abg. **Haase** (U. S.): Der Kompromiß weicht einer klaren Entscheidung aus. Preußen muß in dem Reich aufgehen. Dann müssen aber auch die süddeutschen Staaten folgen.

Ein Schlußantrag des Zentrums und der Sozialdemokratie wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Nach Annahme einiger geringer Aenderungen wird der Kompromißantrag zu Artikel 18 in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen.

Artikel 62 wird in der Ausschußfassung mit einem vom Abg. Luppe (Dem.) beantragten Zusatz angenommen, wonach das Stimmenverhältnis im Reichsrat entsprechend der Volkszählung neu geregelt werden soll.

Artikel 64 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso Artikel 64 a.

Das Haus nimmt nunmehr die gestern ausgesetzte Abstimmung über den Räteartikel (162) vor, in der sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt werden bis auf den Antrag Delius, daß nicht die wichtigsten Berufsgruppen, sondern alle wichtigen Berufsgruppen vertreten sein sollen. Artikel 162 wird in der Ausschußfassung angenommen.

Zu dem gestern erwähnten Artikel 152 wird die gestern ausgesetzte namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der die Aufhebung der privaten Regale und Mutungsrechte verlangt, vorgenommen. Der Antrag findet mit 132 gegen 118 Stimmen Annahme.

Die Sitzung wird hier abgebrochen.

Weiterberatung 4 Uhr: Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Schluß ½2 Uhr.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 20 Min. wieder.

Artikel 164 bestimmt, daß in den nächsten 15 Jahren Mitglieder der Familien der Landesherren, die 1914 in Deutschland regiert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können. Ein Antrag der Deutsch-Nationalen und ein weiterer der Deutschen Volkspartei will diese Bestimmung streichen. Ein Unabhängiger Antrag will, daß die Mitglieder solcher Familien, die in Deutschland regiert haben, überhaupt nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können.

Nach einer Beratung, in der sich die Abg. Groeber (Ztr.), Dr. Philipp (D.N.), Dr. Kahl (D. Vpt.) und Nuschke (Dem.) gegen, Braun-Franken (Soz.) und Seeger (U.S.) für die Bestimmung aussprechen, wird der Antrag der Unabhängigen mit 128 gegen 177 Stimmen angenommen.

Zu Artikel 167 und 168, Uebernahme der Post- und Telegraphenverwaltung und der Wasserstraßen auf das Reich will ein gemeinsamer Antrag der Deutsch-Nationalen, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten bei mangelnder Verständigung die sämtlichen Uebernahmebedingungen durch den Staatsgerichtshof entscheiden lassen.

Reichskommissär Dr. **Preuß**: Dem Verfassungsausschuß ist es zu danken, daß in den Verhandlungen ein naher Termin für die Uebernahme auf das Reich erzielt ist.

Artikel 167 und 168 werden mit der Aenderung nach dem gemeinsamen Antrage angenommen.

Auf Antrag des Abg. Koch-Kassel (Dem.) wird Artikel 168 auch auf die Seezeichen erstreckt.

Ein deutsch-nationaler Antrag, wodurch eine Eidesleistung wirksam auch in der Weise erfolgen könne, daß der Schwörende unter Weglassung der religiösen Eidesform einfach erklärt: „Ich schwöre", wird angenommen.

Artikel 170 wird mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Auf Antrag Dr. **Haas** (Dem.) wird ein Artikel 171 a, wonach die Aufhebung der Orden und Ehrenzeichen auf die Kriegszeit der Jahre 1914 bis 1918 nicht angewendet werden soll, angenommen.

Artikel 172 bestimmt, daß bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages die Nationalversammlung als Reichstag gilt und daß der bisherige Reichspräsident bis zur endgültigen Wahl eines Nachfolgers Reichspräsident bleibt.

Abg. Dr. **Delbrück** (D.N.): Nach dem Wortlaut des Artikels ist das Mandat der Mitglieder der Nationalversammlung und des Reichspräsidenten unbeschränkt verlängert. Wir können dem Artikel zustimmen.

Reichskommissär Dr. **Preuß**: Es ist im Reichsinteresse unmöglich, einen festen Termin anzusetzen, den wir später nicht halten können.

Im Laufe einer längeren Aussprache verlangt Abg. **Cohn** (U.S.) die Wahl des ersten Reichstages spätestens zum 31. Dezember.

Abg. **Loebe** (Soz.): Wir sind Gegner der Festsetzung eines Datums, weil wir dadurch die Obstruktionsbestrebungen, die wir schon bei der Steuerberatung feststellen konnten, aussichtsreich unterstützen würden.

Nach längerer Beratung bringen schließlich die Unabhängigen einen Antrag ein, daß der erste Reichstag am 18. Januar 1920 gewählt sein muß.

Abg. **Braun** (Soz.): Die Erfahrungen im Steuerausschuß berechtigen uns zu der Annahme, daß gegen die Besitzsteuer doch obstruiert werden soll. Wenn die Beratungen so weiter gehen, wird das deutsche Reich bankerott gehen, ehe der neue Reichstag da ist.

Der Antrag der Unabhängigen wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Deutsch-Nationalen abgelehnt.

Artikel 172 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso Schlußartikel 173.

Der Präsident spricht dem gesamten Ausschuß und dem Hause den herzlichen Dank aus und schließt mit dem Wunsche: Die Reden etwas kürzer, die Teilnehmer etwas stärker. In einer so wichtigen Frage wie der Verfassung muß das Notwendige gesagt werden. Er hofft, daß in der 3. Lesung nur sehr kurze Reden gehalten werden, aber in einem reich besetzten Hause. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 10 Uhr. Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Schluß 7¼ Uhr.

Badischer Landtag.

Annahme des Steuergesetzes.

Gr. In der heutigen Landtagssitzung wurde mit den Stimmen der Mitglieder aller Parteien — einige Vertreter der „Fraktion der Demokraten" hatten sich rechtzeitig vor der Abstimmung außerhalb des Sitzungssaales begeben — die Zuschläge zum Steuergesetz angenommen, die hoffentlich den Beginn einer Sanierung unserer badischen Finanzen darstellen. Das badische Volk wird mit Befriedigung feststellen, daß die Protestaktionen der Industriellen gegen die Vorlage nichts nützten, wie dann die minderbemittelten Schichten von weiteren Zuschlägen befreit bleiben.

In einer Reihe Reden kamen die verschiedenen Parteien zu Wort. Vom politischen und steuerlichen Gesichtspunkte aus ragten die glänzenden, weitschauenden Ausführungen unseres Genossen Abgeordneten **Marum**, die wuchtige Abrechnung des Genossen Abg. **Strobel** und die sachkundige Rede des Zentrumsabgeordneten Köhler hervor, vom ethisch-kulturellen Standpunkt — wenn auch mit negativem Vorzeichen — die Rede des Deutschnationalen Abgeordneten Mayer-Karlsruhe. Wir können es nicht unterlassen, zuzugestehen, daß wir abgesehen von abstrusen Bemerkungen des Spät-Nietzsche selten Darlegungen gehört haben, die eine mehr nihilistische Grundlage verrieten als die Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Mayer-Karlsruhe. Aus der Rede des Zentrumsabgeordneten Köhler ist vor allem die warmherzige Verteidigung Erzbergers erwähnt, den — wie er mit Recht betonte — die stete Ankämpfung seiner Person durch das Großkapital nur ehren müsse, womit allerdings Herr Köhler bei den Deutschnationalen wenig Anklang fand, wie auch die letzteren Herrn Finanzminister **Wirth** seinen Glauben an die kulturelle Mission der internationalen Arbeiterklasse sehr verübeln. In geziemender Weise nahm der sozialdemokratische Redner Genosse Marum die Demokraten unter die Puppe, um schließlich in beredten Ausführungen anknüpfend an gewissermaßen prophetische Worte unseres verstorbenen Genossen Ludwig Frank die Notwendigkeit der völligen Vereinheitlichung des Steuerwesens das Wort zu reden. Durch Abgeordneten Genossen Strobel rechnete die sozialdemokratische Fraktion nochmals gehörig mit den Kriegsgewinnlern ab, die den Patriotismus solange im Munde führten — als andere dafür bluten müssen. Die gestrige Steuervorlage dürfte die Kapitalisten belehren, daß ihre Zeit vorüber ist und die Volksvertretung in steigendem Maße auf dem richtigen Wege ist, indem sie die Lasten deren aufbürdet, die sie noch am ehesten tragen können und die durch ihr früheres Verhalten mitschuldig an unserem Elend sind.

38. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 23. Juli.

Präsident **Kopf** eröffnet die Sitzung um 3.50 Uhr.

Abg. **Gothein** (Dem) fragt nach den Aktenstücken betr. der Entziehung der venia legende bei Professor Veit Valentin in Freiburg, sowie nach den Arbeiten für ein Disziplinargesetz für Dozenten an.

Unterrichtsminister **Hummel** teilt mit, daß er die Genehmigung erteilt habe, das ganze Material Veit Valentin zu veröffentlichen. Bezüglich des Wunsches nach einem Disziplinargesetz für Dozenten kann ich mitteilen, daß die Vorarbeiten hierzu im Gange sind.

Zweite Beratung über das provisorische Gesetz betr. die **Feuerversicherung der Gebäude** während der Kriegszeit.

Abg. **Strobel** (Soz.) berichtet namens der Kommission und beantragt Zustimmung zum Gesetzentwurf. — Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Fortsetzung der Beratung über den

Gesetzentwurf betr. Steuererhebung für 1919.

Abg. **Köhler** (Ztr.): Ich sehe wohl, daß die Steuervorlage gewisse Mängel hat, aber eine Neuveranlagung durchzuführen wäre im jetzigen Moment schon rein technisch unmöglich gewesen. In geschmackvoller Weise wurde seitens der protestierenden Petenten der Entwurf eine Lehrlingsarbeit genannt — ich weiß nicht, ob diese Kreise nach den vorgenommenen Aenderungen heute noch so denken. Es wirft ein Schlaglicht auf unsere Verhältnisse, daß wir 284 000 Steuerpflichtige in Baden haben, die unter 2400 ℳ Einkommen haben. Unter diesem Gesichtspunkte sehe ich die Steuern als Ausgleich an. Die Belastungen sind notwendig, um in unseren Finanzverhältnissen Ordnung zu schaffen. Von einer fühlbaren Belastung bei der Vermögensbesteuerung kann man nicht reden, da die kleineren Vermögen freigelassen und Erleichterungen geschaffen wurden. Unsere Auffassung hat sich durch die recht temperamentvollen Proteste nicht geändert. Viele erfassen unsere grauenhafte Lage immer noch nicht. (Sehr richtig!) Auch die freien Berufe müssen steuerlich erfaßt werden; dazu gehören sowohl Bauern wie Rechtsanwälte. Der größte Teil meiner Fraktion lehnt die demokratischen Anträge ab, denn wir haben immer noch Schulden genug. Der von den Mitgliedern aller Parteien eingereichten Resolution stimmen wir zu. Wir befinden uns heute in der Abschiedsstunde der Selbständigkeit der Einzelstaaten; denn diese wird durch die Erörterungen auf finanziellem Gebiete entschieden. Die Not des Reiches zwingt jedoch dazu. Meine Fraktion stellt die Gesetzgebung über die Einkommensteuer dem Reiche zur Verfügung. Wir hoffen, daß das Reich den Bundesstaaten und den Gemeinden Zuschläge zur Einkommensteuer gestatten wird, wenn ich auch die Aussichten hierfür für gering halte. Wir werden daher zu Dotationen kommen. Eine einheitliche Steuerveranlagung im Reiche halten wir auch für erforderlich. Die Durchführung dieser Veranlagung muß jedoch durch die einzelnen Staaten geschehen. Preußen sollte uns eine Anzahl Steuerbeamte schicken, die bei unseren Steuerkommissären ausgebildet werden könnten. Dagegen müssen wir uns bedanken, daß preußische Beamte in unseren Schwarzwald als Steuerbeamte kommen. Wir wollen nicht an Stelle der überwundenen Militärkonvention eine solche Steuerkonvention haben. Wir haben Steuerverluste von Millionen, weil wir nicht genügend Steuerveranlagungspersonal haben. Die Finanzsekretäre müssen von Schreibarbeiten entbunden werden und dafür Unterbeamte in diese Stellungen kommen. Auch Kaufleute müssen für die Steuerverwaltung gewonnen werden. Auch sollten süddeutsche Beamte in das Reichsfinanzministerium berufen werden. Die Gegnerschaft, die heute gegen Erzberger auftaucht, muß ihn ehren. Es ist zumeist das Großkapital, das gegen Herrn Erzberger arbeitet. Wir stimmen den Projekten Erzbergers zu. Wenn sie ihm gelingt, dann hat er sich mehr um das Reich verdient gemacht, als die ganze alldeutsche Hetzgesellschaft. (Zwischenruf rechts.) Diese alldeutsche Gesellschaft hat uns ins Unglück gebracht. (Abg. Mayer-Karlsruhe: Es ist nicht wahr!) Sie hat uns hineingebracht und jetzt müssen wir aus dem Unglück wieder herauskommen. (Beifall.)

Finanzminister **Wirth** legt den 6. Nachtragsetat für 1918/19 vor. Es kommt die Summe von 17 Millionen in Betracht zur Senkung von ausländischen Lebensmitteln und 32 Millionen fürs Murgwerk. Leider lassen sich damit viele Wünsche auch immer noch nicht erfüllen. Wir sind dafür bereit, die Beamten- und Arbeiterwünsche beim kommenden ordentlichen Budget, an dessen Bearbeitung wir jetzt herangehen, zu berücksichtigen. Die Mitarbeit von Kaufleuten bei der Steuerverwaltung hat bereits begonnen. Eine Konferenz von Professoren und Praktikern zur Heranbildung von Steuerbeamten wird demnächst einberufen. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. **Marum** (Soz.):

Die Gemüter haben sich seit der Kommissionsberatung etwas geklärt. Die lebhafteste Gruppe ist jetzt am ruhigsten geworden. Sie merkte anscheinend, daß die Volksstimmung verlangt, daß die Versprechungen der Wahlagitation erfüllt werden müssen. Diese Steuergesetze wirken mehr aufs Volk als alle Plakate. Das Volk verlangt, daß ein erheblicher Teil der Gewinne dahin kommen, wohin sie gehören, nämlich

in die Staatskasse.

Ein Teil der Kommission verlangte Anleihen statt Steuern (Widerspruch bei den Demokraten). Für mich braucht es sich nicht um die Person des Abg. König, sondern darum handeln, daß sich Herr König zum Sprachrohr gewisser Gruppen machte. Wir können nicht durch Anleihen die kommenden Geschlechter belasten. Die in Frage kommenden Kreise verlangen Anleihen, weil sie hoffen, daß vielleicht

später politische Konstellationen

eintreten könnten, die es ihnen erlaubt, die Belastungen wieder den unteren Volksschichten aufzubürden. Diese Politik lehnen wir ab. Wir haben die Verpflichtung, die badischen Finanzen jetzt soweit in Ordnung zu bringen als es möglich ist. Es sind immer die gleichen Herren, heißen sie nun Fabrikantenvereine, Industrieverbände usf., die uns mit Telegrammen bearbeiteten. Sie waren aber auch sachlich mit ihren Angriffen nicht im Rechte. Die Herren dachten anscheinend nicht daran, bezw. wollten nicht daran denken, daß die Abgabe nicht vom Ertrag der Vermögen gegeben werden soll, sondern von der Substanz des Vermögens. Auf diese Weise soll auch ein Abbau der Preise kommen, denn wenn die Besitzer der großen Vermögen nicht mehr die hohen Preise zahlen können, werden die Waren schon sinken. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß das Reich gewaltige Abgaben von den Vermögen erhebt und wünschen eine höhere Staffelung als vorgesehen. Ich hoffe, daß man davon absieht, die

Vermögensabgabe des Reiches

innerhalb 30 Jahren gewissermaßen als Rente zu erheben, und wünschen diese Vermögensabgabe von der Substanz des Vermögens. Es freute uns, daß in dem vorliegenden Steuergesetz auf unseren Antrag hin die kleineren Einkommen von den Zusätzen verschont bleiben. Denn es handelt sich bei einem Einkommen unter 6000 ℳ heute um das Existenzminimum. Wir dachten hierbei besonders an die Kriegsteilnehmer, die seit Jahren kein Einkommen gehabt haben. Wir sind der Ansicht, daß die Erhöhungen bei den großen Einkommens- und Vermögensschichten bleiben müssen und lehnen deshalb den Antrag Glockner ab. Im Effekt wurde dieser Antrag auch wenig ändern. Man kann es bei den ganz großen Vermögen bei den von uns vorgeschlagenen Sätzen lassen. Den Resolutionen der Kommission zu diesem Gesetzentwurf stimmen wir zu, indem wir hoffen, daß das Reich diesen Wünschen Rechnung trägt. Das Projekt der

Reichsfinanzreform

ist von gewaltiger Tragweite. Es handelt sich darum, ob wir weitermarschieren wollen auf dem Wege zum Einheitsstaate. Meine Fraktion will diesen Weg zum

Einheitsstaat.

Wir sind jedoch keine wütenden Unitarier, sondern gemäßigte Unitarier, wobei eine Reihe Verwaltungsobjekte den Bundesstaaten verbleiben. Ich möchte in diesem Zusammenhange auf die Ausführungen meines verstorbenen Genossen

Ludwig Frank

hinweisen, der in einem früheren Landtag darauf hinwies, daß die Entwicklung nicht eine partikularistische, sondern eine unitarische sein werde, daß die Entwicklung so sein werde, daß das Reich die Steuern schaffen werde und die Bundesstaaten hinzu Zuschläge bekommen, daß dies jedoch erst nach einer politischen Umgestaltung erfolgen würde. Es sind dies gewissermaßen prophetische Worte. Es handelt sich um die Existenz des Reiches und wir sind verpflichtet, ihm alles zu geben, um es lebensfähig zu erhalten. Die bisherigen Sätze können allerdings nicht aufrecht erhalten bleiben, sondern wir werden zu höheren Sätzen kommen müssen. Meinungsunterschiede bestehen heute nur noch darüber, ob die Verwaltung durch die Bundesstaaten oder durch das Reich erfolgen soll. Wir meinen, die Kontrolle reicht nicht, sondern die Verwaltung muß durch das Rech erfolgen. Wir meinen auch, durch eine Steuerverwaltung durch das Reich geben wir auch nichts von unserer Finanzhoheit auf, denn diese geben wir auf durch die Uebertragung der

Steuern. Wir meinen also, daß die Vermögenssteuer und die Verwaltung durch das Reich übernommen werden soll; verlangen jedoch, daß Preußen unsere scharfe Veranlagung übernimmt. Ein Schaden wäre es allerdings nicht, wenn jeder Preuße ein Schuß süddeutschen Geistes hätte. Wie die zukünftige Gestaltung des Reiches, die Neuorganisation Preußens wird, weiß man nicht, sicher ist jedoch, daß die heutigen Grenzpfähle nichts unabänderliches sein werden. Es läßt sich wohl denken, daß die Gesetzgebung zentral, die Verwaltung jedoch dezentral erfolgt. Die beste Organisation ist sicherlich ein einheitliches Reich mit großen Selbstverwaltungskörpern, mag man diese jetzt Provinzen oder Länder heißen. Wenn wir das Reich stärken, so müssen wir jedoch dabei die Kraft der einzelnen Gliedstaaten stärken. (Beifall.)

Abg. Gothein (Dem.) weist darauf hin, daß der badische Staat zuletzt noch möglichst viel herausschlagen wollte. Die Reform trägt bedeutende Konstruktionsfehler. Abg. Marum hat nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, der demokratischen Partei vorzuwerfen, daß sie das Kapital schütze. Das Zurückgreifen auf die Substanz des Vermögens scheint mir sehr bedenklich. Wir müssen die Landesverwaltung und Selbstverwaltung der Städte retten. Wir müssen jetzt fragen, was läßt uns das Reich übrig? Hierzu reichte meine Fraktion eine Resolution ein, die die Reichseinkommensteuer, einheitliche Veranlagung und Durchführung für notwendig hält, dagegen die Aufhebung der Selbstverwaltung für bedenklich hält. Je größer das Verwaltungsgebiet, umso billiger arbeitet sie; ich glaube deshalb, daß die bundesstaatliche Steuerverwaltung teuerer arbeitet als eine Reichssteuerverwaltung. Doch wünsche ich aus politischen Gründen eine Steuerverwaltung durch die Bundesstaaten. Auf die finanzielle Ausbildung der Steuerbeamten legen wir großen Wert. Für ausgeschlossen halte ich, daß wir zu Ertragsteuern zurückkehren können. Die Vergnügungssteuer wird nicht viel bringen, da die Vergnügungen aufhören werden, wenn einmal die großen Steuerlasten alle da sind. Ernste Kunst sollte nicht besteuert werden. Wir wünschen für später wenigstens eine Rückkehr zu Zuschlägen zu der kommenden Reichsvermögenssteuer. Verbrauchsabgaben sind nur dann berechtigt, wenn sie als Kompensation für direkte Steuern bei den unteren Einkommensschichten dienen. Im Gegensatze zu einem Teile meiner Fraktion wünsche ich, daß das Existenzminimum von den Zuschlägen frei bleibt. Ebenso wichtig ist jedoch auch die Abgrenzung nach oben. Die Kriegsanleihen müssen aufrecht erhalten bleiben. Kulturaufgaben haben auch früher nie Schaden gelitten. Die falsche Politik des Reiches war früher, daß man sich in einer Blütezeit auf eine Schuldenwirtschaft einließ. Es war jedoch das Zentrum, das s. Zt. die Erbschaftssteuer ablehnte. Ich hoffe, daß auch das große Kapital sich nicht den Naturnotwendigkeiten des Reiches entzieht. Das parlamentarische Regime hat alle möglichen Vorteile, aber nicht das der Billigkeit. Die Sozialisierung wird eine weitere Bürokratisierung bringen. Wir sind noch nicht bankrott, aber unser Volk betreibt die Lebensführung des Bankrotteurs. Es ist erste Pflicht, Aufklärung über die jämmerliche Finanzlage zu verbreiten.

Finanzminister Wirth:

In der Steuerpolitik auf Vorschuß stimme ich mit dem Abg. Gothein nicht überein. Wenn der Luxus so weitergetrieben wird, dann hat der Steuerbeamte nichts mehr zu holen. Ich freue mich, wenn durch die Steuern der Verschwendungssucht Einhalt geboten wird. Die Hochschulen scheinen für die jetzige Situation wenig Verständnis zu haben, dies beweist eine Kundgebung des Senates der Universität Freiburg. Ich lehne es ab, daß aus unseren neulichen Reden eine Geringschätzung der Universitäten herauszulesen ist. Was wir wollten, war nur die Kapitalbildung an den Universitäten zu bekämpfen. Entgegen Herrn Gothein glaube ich weiter, daß wenn die Bürokratie einmal zentralisiert ist, dies nicht rückgängig gemacht werden kann. Der beste Sozialisierungsminister ist sicher der Steuerminister. Die Vergesellschaftung, die unsere Arbeiter wollen, ist sicher etwas anderes als die Bürokratisierung. Was uns aus den Finanznöten heraushelfen kann, ist nur die positive Arbeit. Wenn nicht ein Wechsel im Reichsfinanzministerium eingetreten wäre, wäre das Reichsnotopfer nicht so schnell gekommen. Bis wir den Friedensvertrag erfüllt haben, werden 80 Jahre vergehen. Die Befreiung aus dem kapitalistischen Imperalismus kann nur aus einer

Kulturbewegung der Arbeiter

aller Länder hervorgehen. Die Entwicklung der Kunst wird nie durch eine Steuer gehemmt werden dürfen. Durch eine Sozialisierung und Kommunalisierung der Kinos können wir der Kunst nicht dienen. Der Gedanke, die Reichssteuerverwaltung bereits im Spätjahr durchzuführen, ist sehr lebendig. Ich möchte daran erinnern, daß wir bis 1921 der Entente 20 Milliarden Goldmark zahlen müssen. Dies entspricht heute 66 Milliarden. Wir brechen zusammen, wenn wir unser Geldwesen nicht auf neue Grundlagen stellen. Wir müssen deshalb vom Streikfieber genesen. Wir müssen dem Staate die Macht verleihen, aus diesen zwei Jahren des Schreckens herauszukommen. (Beifall.)

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.N.) bemerkt, daß Abg. Köhler anscheinend glaubt in einer Volksversammlung zu sein. Wir werden die indirekten Steuern nicht entbehren können. Wir werden in Beamten- und Arbeiterkreisen mit dem Achtstundentag nicht durchkommen, weil wir eben mehr arbeiten müssen. Auch zur Akkordarbeit müssen wir zurückkehren. Der sozialdemokratische Staat bietet keine Aussicht auf Verringerung des Beamtenheeres. Die Steuerflucht hängt mit der Zwangswirtschaft zusammen. Es ist wichtig, daß wir unseren Feinden ein politisches Schach bieten. **Erzwungenen Verträgen gegenüber gibt es keine Lojalität. Ich glaube**

nicht an die menschliche Gerechtigkeit,

nicht an den Völkerbund, auch nicht an die internationale Sozialdemokratie, der der Finanzminister zu glauben scheint. **Ich glaube an die Habgier, an die Profitgier.** Die Reichsfinanzreform würde Reichsverdrossenheit bringen. Der Gerechtigkeit halber ist eine gleichmäßige Steuerveranlagung für das Reich zu verlangen; doch müssen wir uns auch hier vor Uebertreibung hüten. **Der Umsturz** hat den kunstvollen Aufbau des Fürsten Bismarck umgestürzt. Wir halten den Militarismus für keinen Fehler

Abg. Spengler (Ztr.) wünscht, daß den ungeheuerlichen Ansprüchen an den Staat Halt geboten wird sowie einen größeren Opferwillen für die Erfordernisse des Staates. Hinzuweisen ist auf die warnenden Stimmen während des Krieges. Hinzuweisen ist auch darauf, daß unsere soziale Gesetzgebung ein Simulantentum züchtete. (Präsident Kopf weist darauf hin, daß die Ausführungen des Redners nicht im Zusammenhang zur Vorlage stehen.) (Zwischenruf: Sehr richtig!)

Abg. Strobel (Soz.):

Die heutige Steuervorlage ist eine Folge des Krieges. Sie kommt jedoch

zu spät!

In anderen Staaten regelte man die Finanzen bereits während des Krieges, wie es auch meine Partei wünschte. Es war ein Freund des Abg. Mayer-Karlsruhe, der damalige Reichsschatzsekretär Helfferich, der im Reichstag erklärte, das Bleigewicht der Kriegsanleihen werde unseren Feinden anhängen. Heute muß nun das Versäumte nachgeholt werden. Die breiten Massen des Volkes würden in Entrüstung aufflammen, wenn nicht direkte Steuern geschaffen würden. Wir haben die Freigrenze bis 6000 Mark für Zuschläge geschaffen, um die unteren Einkommen zu schonen. Es ist richtig, daß die Löhne stiegen, aber auch die Lebenshaltung ist wesentlich teurer geworden. Die Preissteigerung für Lebensmittel beträgt in Mannheim etwa 341 Prozent. Die Kriegsindustrie hat große Kriegsgewinne gemacht und deshalb fordert man jetzt Steuern von ihr. Es verrät einen großen Mangel an Patriotismus, daß sie sich jetzt bei den Steuern zu weigern sucht. Es ist

eine Schande,

daß die Kriegsgewinnler jetzt versuchen, ihr Geld ins Ausland zu schaffen. Die reichen Leute müssen sich sagen, daß man nicht immerfort die kleinen Leute belasten kann, um die reicheren Leute zu schonen. Die Konkurrenzstreitigkeiten der Bundesstaaten untereinander müssen aufhören. Die Leute, die man früher aller Ehrenämter würdig hielt weigern sich jetzt mit gutem Beispiel voranzugehen. Warum ist heute die Arbeitslust so gering? Weil die Arbeiter nicht mehr für die Besitzenden arbeiten wollen, weil sie arbeiten wollen für die Allgemeinheit. Eine Arbeitszeitverlängerung, wie sie Abg. Mayer wünschte, darf nicht kommen. Denn überall, wo man den Achtstundentag einführte, wuchs das Arbeitsergebnis. Wenn die Entwicklung den Kapitalisten nicht zusagt, dann sollen sie ihre Betriebe den Arbeitern, dem Staat übergeben, daß er sie übernehme. Die Kriegsgesellschaften wurden von den Durchhaltepolitikern begünstigt; nicht die Sozialdemokratie schuf die Kriegsgesellschaften, sondern die alten Regierungen. Hätte man

1914

die Möglichkeit gehabt eine sozialistische Wirtschaft eingerichtet, dann wäre es ein Leichtes gewesen; heute ist die Wirtschaft ausgeschöpft, ausgeschöpft durch die Partei des Herrn Abg. Mayer. (Sehr richig!) Die vorliegende Steuervorlage findet draußen im Lande lebhaften Beifall. Denn nun ist es an der Zeit, daß die Besitzenden Opfer bringen. Wenn die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt sind, wird die volle Arbeitslust bei den Arbeitern wiederkehren. (Beifall bei den Soz.)

Zu persönlicher Bemerkung bemerkt Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Nat.), zu Herrn Helfferich keine Beziehungen zu haben.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

Der Antrag Glockner (Dem.), der eine Steuerverminderung der Einkommensteuerpflichtigen über 600 000 Mk. und der Vermögenssteuerpflichtigen über 10 Millionen vorsieht, wird nach kurzen Bemerkungen des Abg. Glockner, der betont, daß sich die Demokratie nicht gegen das Reichsnotopfer stemmte und des Ministerialdirektors Schellenberg, sowie des Finanzministers Wirth, der es ablehnt, Teuerungszulagen durch Anlehen zu decken, gegen die Stimmen der Demokraten und eines Zentrumsabgeordneten abgelehnt.

Abg. Glockner (Demd.) erklärt, daß seine Freunde mit wenigen Ausnahmen für das Gesetz stimmen werden.

In namentlicher Abstimmung wird der Gesetzentwurf über die Steuervorlage mit 70 Stimmen angenommen.

Die übrigen Anträge der Kommission werden ebenfalls angenommen; darunter der Antrag auf Vorlage einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes, die die Steuerfreiheit von 900 Mk. auf 2400 Mk. erhöht, die besondere Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten usf. vorsieht, die eine Neueinschätzung verlangt und Unterschiede zwischen den Ledigen und Verheirateten in der Besteuerung schafft.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag ½9 Uhr. **Tagesordnung:** Interpellation betr. Brennmaterial und Petitionen.

Schluß der Sitzung: 8.25 Uhr.

Mordprozeß Neuring.

Hg. Vor dem Dresdener Schwurgericht hat am 21. Juli der Prozeß gegen die des Mordes an dem Militärminister Neuring Angeklagten begonnen. Am 12. April 1919 wurde Neuring das Opfer einer aufgepeitschten besinnungslos rasenden Menge. Einige hundert Kriegsbeschädigte hatten sich in der elften Vormittagsstunde auf dem Theaterplatz versammelt, um für die Erhöhung ihrer Löhnung zu demonstrieren. Angeblich lag auf eine Aeußerung ihrer Forderungen eine ablehnende Antwort des Militärministeriums vor. Vom Theaterplatz zogen die Demonstranten gegen Mittag vor das Gebäude des Kriegsministeriums. Eine Abordnun verlangte dort den Militärminister Neuring zu sprechen. Wie nachträglich einwandfrei festgestellt wurde, erklärte Neuring sein volles sachliches Einverständnis mit den Forderungen, die ihm vorgetragen wurden. Dennoch entlud sich die unheilvolle Spannung in einem furchtbaren Sturm. Von einem Unbesonnenen wurde im Kriegsministerium eine Uebungshandgranate geworfen; es wurd niemand verletzt. In der Menge der Demonstranten aber verbreiteten sich aufreizende Gerüchte von Verstümmelung Kriegsbeschädigter, dazu ging auch die unde um, der Minister habe die Forderungen abgelehnt. Die Demonstranten drangen mit Gewalt in das Blockhaus ein, entwaffneten die Wache, entwaffneten ebenso kleinere zu Hilfe eilende Trupps Sicherheitswehr und schleppten den Minister heraus auf die Straße. Vergeblich versuchte Neuring zur Menge zu reden. Er wurde entsetzlich mißhandelt und unter Rufen „In die Elbe mit ihm“, auf die Brücke geschleppt. Vom dritten Pfeiler stieß man ihn hinab in die Flut. Er vermochte sich schwimmend im Strome zu halten, hätte sich also wieder retten können. Da wurde auf den mit dem Tode ringenden Gewehrfeuer eröffnet. Etwa 400 Meter unterhalb der Brücke traf Neuring die tödliche Kugel. Er versank in den Fluten. Sein Leichnam wurde erst geraume Zeit später geborgen. Am 11. Mai wurde Neuring dann im Dresdener Krematorium bestattet. Er hinterläßt eine Witwe und zwei junge Töchter.

Die Anklage richtet sich gegen 1. den Kaufmann Gustav Hans Günther Fritze, 2. den Maschinenschlosser und Humoristen Heinrich Karl Krebs, 3. den Schlosser Otto Allner, 4. den Schlosser Gustav Bruno Ernst Thamm, 5. den Hochbautechniker Willy Otto Schreiber, 6. den Bierverleger Otto Rudolf Merkel in Dresden, 7. den Seemann Rudolf Georg Bartzsch, 8. den Bäcker Friedrich Max Becker, 9. den Bäcker Georg Max Gottlöber, 10. den Tischler Friedrich Wilhelm Heynemann und 11. den Dekorationsmaler Max Emil Pietsch.

Fritze ist mit intellektueller Urheber und Veranlasser gewesen. Krebs hat auf Neuring mit eingeschlagen. Allner hat ihn auf der Brücke angefaßt, mit Fäusten geschlagen und ihn wahrscheinlich mit dem Gewehrkolben in die Elbe gestoßen. Thamm hat fortwährend gehetzt „in die Elbe, in die Elbe“; er soll so erregt gewesen sein, daß ihm fast der Geifer vor dem Munde gestanden hat. Schreiber hat den Minister geschlagen und auf ihn geschossen. Merkel und Bartzsch haben gleichfalls auf Neuring eingeschlagen und ihn über das Geländer in die Elbe geworfen. Becker hat den Minister mißhandelt und ist auch an der Ermordung beteiligt gewesen. Heynemann ist ebenfalls der Mittäterschaft schuldig. Gottlöber hat den Minister am Sprechen verhindert, ihn mit auf die Brücke geschleppt, mit dem Kolben auf ihn eingeschlagen und auf ihn geschossen. Er hat die letzten Schüsse abgegeben, nach denen Neuring unterging. Ganz ähnlich hat sich Pietzsch verhalten.

Es sind ungefähr 100 Zeugen aufgeboten. Die Verhandlung beginnt mit der Aufnahme der Personalien der 11 Angeklagten. Hierauf wird die Anklageschrift verlesen.

Der Angeklagte Allner, der früher ein volles Geständnis abgelegt hatte, leugnet heute alles. Zum Schluß gibt er zu, Neuring mit auf die Brücke geschleppt zu haben. — Dann schildert Bartsch seine Erlebnisse am 12. April. Er zog vom Theaterplatz mit zum Blockhaus. Dort bekam er ein Gewehr, damit schoß er von den vier Jahreszeiten aus gegen das Ministerialgebäude. Schließlich begab er sich ins Blockhaus. Da hörte er plötzlich Geschrei und Schüsse. Als er heraus auf die Brücke trat, hätten da zwei Leichen gelegen. (Bekanntlich ist niemand vor dem Blockhaus verletzt oder getötet worden.) — Der Angeklagte Heder leugnet alles, ebenso Fritze. — Gottlöber sagt aus: Um 2 Uhr war es, ging ich über die Brücke nach Neustadt. Von Stadt Wien aus sah ich dem Tumult zu und ließ mir erzählen, Neuring habe Befehl gegeben, mit Handgranaten auf die Kriegsbeschädigten zu werfen. — Vors.: Zeugen wollen gesehen haben, wie Sie Neuring beim linken Arm packten. Sie sollen den letzten tödlichen Schuß abgefeuert und Neuring auch getroffen haben, Sie sollen Neuring am Brückenausgang geschlagen haben. — Gottlöber: Ich bestreite jede Schuld; ich kann mit ruhigem Gewissen behaupten, daß ich keinen Finger gegen Neuring gerührt habe. — Heynemann versucht sein Alibi nachzuweisen. Er sagt aus: Ich habe hier vor aller Oeffentlichkeit zu erklären, daß die kommunistische Partei mit diesen Dingen nichts zu tun hat. Wenn einzelne ihrer Mitglieder daran beteiligt waren, so geschah es aus freiem Willen, alles Gegenteilige beruht auf Preßehetze. Erst um ¼6 Uhr sei er ans Blockhaus gekommen. Dort habe er eine beruhigende Ansprache gehalten. — Vors.: Sie sollen nachmittags in der Menge gesehen worden sein, die Neuring nach der Brücke schaffte. Sie sollen gerufen haben: „Laßt ihn schwimmen“. — Heynemann bestreitet das, bestreitet auch den ihm zur Last gelegten Ausruf: „die Minister müssen alle weg, auch Fräsdorf“. — Der Vorsitzende hält ihm ein Flugblatt vor, in dem es heißt: „Nieder mit dem Neuringministerium“. Heynemann will es nicht kennen. — Krebs will auf der Brücke einem Menschenstrom begegnet sein. Ein Kamerad habe ihm gesagt, jetzt werden die Minister in die Elbe geworfen. Krebs soll aber gesagt haben: „den Hund haben wir nicht schlecht zugerichtet“. Er leugnet es. — Merkel will ebenso an den Vorgängen ganz unbeteiligt sein. Zeugen dagegen soll er auf Befragen, ob er denn mitgemacht habe, geantwortet haben: „Aber feste“. — Pietsch bestreitet jede Schuld. — Schreiber gibt zu, ein Gewehr gehabt zu haben; ob er aber geschossen hat, will er nicht wissen. Ein früheres Geständnis hätte er nur abgelegt, weil seine Schuld vom Untersuchungsrichter so bestimmt behauptet worden sei.

Die Verhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Badische Politik.

Die badischen Wasserkräfte und die Sozialisierungspläne des Reiches.

In der letzten Sitzung des Haushaltungsausschusses des bad. Landtags machte Arbeitsminister Rückert Mitteilungen über die badischen Wasserkräfte und die Sozialisierungspläne des Reichs. Wie aus Mitteilungen der Presse schon bekannt geworden ist, sollen die gesamten Hochspannungsleitungen, soweit sie Eigentum des Staates, der Gemeinden und Privaten sind, nach den in der Reichsverfassung stehenden Bestimmungen an das Reich übergehen. Die Ausführung dieses Planes bedeutet für die wirtschaftliche Zukunft Badens eine Gefahr, der durch den Landtag und die Regierung, soweit das noch möglich ist, begegnet werden muß. Der Arbeitsminister vertrat den Standpunkt, daß dies geschehen kann durch die Einsetzung eines Reichsbeirates, der die wirtschaftlichen und wassertechnischen Interessender mit den Wasserkräften beschenkten Staaten verrechnet. Das Reich solle zwar die Hochspannungsleitungen übernehmen, aber Baden müsse die Verteilung der Elektrizität vornehmen können. Im weiteren machte der Arbeitsminister Mitteilung, daß die völlige Umschließung Badens von Buchen bis an die Seegegend mit Elektrizität geplant sei. Die Werke in Laufenburg und Rheinfelden würden Anschluß an das Murgkraftwerk erhalten; nach dem zweiten Ausbau des letzteren könne ganz Baden mit elektrischer Kraft versehen werden. Da sei es zu wünschen, daß sich das Reich nicht hineinzwänge und etwa die volle Ausnützung der Wasserkräfte Badens hemme. Er sei im Staatenausschuß in Berlin nach dieser Richtung hin tätig gewesen.

Die Vertreter der Parteien gaben ihr volles Einverständnis mit der Haltung des Regierungsvertreters kund und wünschten ganz dringend, daß Baden nich völlig das Recht über seine Wasserkräfte zu verfügen, genommen werde. Auch müßte alles getan werden, um der Ansiedlung von Industrie am Oberrhein die Wege zu bahnen.

Planmäßige oder planlose Wirtschaft.

P.A.St. Es wird allgemein anerkannt und alle Parteien des Reiches, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, sind darüber einig, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur durch planmäßige und anhaltende Arbeit geschehen kann. Zu diesem Zweck bedürfen wir außer willigen Arbeitern gut geleitete Arbeitsverteilungsstellen — nennen wir sie einmal Arbeitsämter. Die Quelle der Organisation müßte bei der Gemeinde beginnen und bei einem internationalen Arbeitsamt, am Sitze des Völkerbundes in Genf, vorläufig bei einem Reichsarbeitsamt als Spitze enden. Die Organsation könnte folgendermaßen ausgebaut werden: 1. Ortsarbeitsämter den Bürgermeisterämtern angegliedert, 2. Bezirksarbeitsämter den Bezirksämtern angegliedert, 3. Landesarbeitsamt, 4. Reichsarbeitsamt, 5. Internationales Arbeitsamt am Sitz des Völkerbundes.

Als Grundlage legen die Bürgermeisterämter bei Meldezwang ein genaues Verzeichnis der im Ortsbezirk wohnenden männlichen Personen im Alter von 17—45 Jahren nach Beruf, Lebensalter und Familienstand an. Davon gaben sie eine Abschrift dem zuständigen Bezirks-Arbeitsamt. Diese sammeln die Verzeichnisse, machen Abschriften davon und übergeben sie dem Landarbeitsamt. Die L.-A.-Aemter teilen das Ergebnis dem Reichsarbeitsamt mit. Die Ortsarbeitsämter führen genau Ab- und Zugangsverzeichnisse von allen Arbeitern im weitesten Sinn des Wortes. Sie gleichen auch selbst Angebot und Nachfrage von Arbeitern im Ortsbereich aus und melden freie oder geforderte Arbeiter nach Berufen getrennt, dem Bezirksarbeitsamt. Ebenso verfahren die Bezirksarbeitsämter dem Landesarbeitsamt gegenüber. Die L.-A.-Aemter vermitteln freie und geforderte Arbeitskräfte innerhalb ihrer Landesgrenzen und melden Bedarf oder Ueberschuß dem R.-A.-Amt. Dieses übermittelt den L.-A.-Aemtern täglich den Arbeitsstand eines jeden Freistaates, damit die L.-A.-Aemter unter sich die Arbeitskräfte zwischen den am nächsten gelegenen Punkten von Anfrage und Angebot direkt verteilen.

Die Grundlage der O.-A.-Aemter mit Meldezwang sind deshalb erforderlich, um bei dringenden Arbeiten unverzüglich die erforderlichen Arbeiter zur Verfügung zu haben. Setzen wir den Fall: Die Kohlenlieferungen für Baden werden noch geringer, der Eisenbahnbetrieb müßte möglicherweise stillgelegt werden. Das Eisenbahnnetz müßte dann für den elektrischen Betrieb umgebaut werden, und das zweite Becken des Murgtalwerkes wäre auszubauen. Hierfür müßten alle Facharbeiter herangezogen und unwichtigere Arbeiten zurückgestellt werden. Auch die ganz ungenügende Kohlenförderung könnte zur Verhütung des vollständigen Zusammenbruchs zu außerordentlichen Arbeitsmaßnahmen führen. Durch die Meldelisten der Arbeitsorganisation bei den Ortsarbeitsämtern kann man innerhalb einer kurzen Frist genügend Arbeiter für große und zwingende Aufgaben fassen, ohne vorher die Werbetrommel zu rühren. Statt der militärischen Meldestellen müssen wir Arbeitermeldestellen einführen.

Wir sind nun einmal durch die Macht der Verhältnisse vom Militärstaat zum Arbeiterstaat geworden. Dann wollen wir auch ein rechter sein, der sich zu helfen weiß und aus der Tiefe wieder in die Höhe zu steigen vermag. Arbeit adelt und bringt Segen. Jeder Tag Arbeitszeit, der jetzt versäumt wird, bringt unermeßlichen Schaden. Es werden im Innern während des Winters durch den Kohlenmangel Unruhen entstehen, während wir uns nach außen, jetzt nach Aufhebung der Blockade, selbst vom Weltmarkt abschließen. Wir müssen daher bei der Quelle der Arbeit beginnen und die Kohlenförderung mit Energie heben. Die Kohle ist die Triebkraft unserer Wirtschaftsmaschine. Dazu gebrauchen wir Arbeitskräfte. Und diese weist die hier vorgeschlagene Organisation nach.

Die Aufklärung der Kriegsgefangenen.

Im badischen Landtag ist eine Petition des Landesverbandes der deutschen Volkspartei Badens über die politische Aufklärung der aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Kriegsteilnehmer eingegangen.

Auch wir halten eine politische Aufklärung unserer in Gefangenschaft sich befindlichen Volksgenossen für notwendig angesichts der stattgefundenen Umwälzungen in Deutschland. Es fragt sich aber nur, wie dieselbe vor sich gehen soll.

* **Kaufleute in der Steuerverwaltung.** Bei der gestrigen Debatte über das neue Steuergesetz stellte Finanzminister Dr. Wirth in Aussicht, daß bei der Bewältigung der großen Arbeit, die die Steuerveranlagung erfordert, auch Kaufleute als Hilfskräfte verwendet werden sollen. Eine solche Maßnahme der Volksregierung würde dazu führen, daß ein Teil der immer noch in erheblichem Maß erwerbslosen Kaufleute Arbeit fände und die Steuerverwaltung würde sichersich mit geeigneten kaufmännischen Hilfskräften, die auch Erfahrung aus dem Leben mitbringen, gut fahren. Im übrigen eine Neuerung, an die man im alten Staat sicherlich nicht gedacht, viel weniger eingeführt hätte.

Aus der Partei.

Kappelrodeck, 23. Juli. Am Samstag, 26. Juli, punkt 8 Uhr abends, findet im Saale zum „Rebstock" eine öffentliche Volksversammlung statt. Als Referent erscheint Parteisekretär Abele aus Karlsruhe. Tagesordnung ist „Die politische Lage und Erläuterung über das Erfurter Programm".

Aus dem Lande.

£ **Durlach,** Parteiversammlung. Auf die am Samstag, den 26. Juli, im Gasthaus zum „Lamm" in Durlach stattfindende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins sei ganz besonders hingewiesen. Der Vortrag des Gen. Dr. Krauß über Verfassungsfragen dürfte die Parteigenossen und Genossinnen sehr interessieren und hoffen wir, daß dieselben für guten Besuch der Versammlung Sorge tragen.

Durlach. Jugendbund. Heute abend halb 8 Uhr findet im Lokal „goldener Löwen" ein Vortrag des Herrn O. Feller über: „Ein Blick in das Weltall" statt. Die schulentlassene Jugend wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Bruchsal.

r. **Vortrag von Pfarrer Steltz.** Am Montag, den 21. Juli, fand im „Bürgerhof" eine von der Sozialdemokr. Partei einberufene Versammlung statt, in der Pfarrer Steltz-Neunstetten über das Thema: „Sozialdemokratie und Christentum" sprach. Der Redner ist der erste amtierende badische Geistliche, der sich offen zur sozialdemokratischen Partei bekennt und zwar mehr noch aus religiösen als aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. In seinen Ausführungen legte er dar, daß sich die Lehre Jesu und der Sozialismus nahe berühren und daß sie beide das gleiche Ziel haben: Kampf gegen Kapitalismus und Mammonsgeist, Befreiung der Ausgebeuteten, wirtschaftliche Hebung der Allgemeinheit und auf dieser ökonomisch gesunden Grundlage eine durchgeistigte sittliche Kultur, das Himmelreich auf Erden. Der Redner wies aus vielen Stellen der Bibel die Richtigkeit seiner Auffassung nach und verteidigte den Sozialismus gegen verschiedene Vorwürfe (z.B. des Materialismus, der Massenverhetzung, des Atheismus), die ihm von den Gegnern gemacht werden. Er schloß mit dem Satze, daß nach Lage der Dinge das Nächstliegende sei, daß sich Christentum und Sozialdemokratie unter dem gemeinsamen roten Banner der Liebe zusammenfinden möchten. Der Redner erntete starken Beifall. Die angeschlossene Diskussion, an der sich auch der hiesige Geistliche der evangelischen Gemeinde Herr Stadtpfarrer Werner beteiligte, brachte Einwände, die der Referent leicht widerlegen konnte. Starker Beifall gab Herrn Pfarrer Steltz nochmals völlig recht.

Ettlingen.

Eine öffentliche Volksversammlung findet am Samstag, den 26. Juli abends 8 Uhr, im großen Saale zur „Sonne" statt. Stadtrat Dr. Kullmann-Karlsruhe spricht über **„Kampf der Reaktion! Kampf dem Imperialismus der Entente."** Arbeiter, Beamte, Genossinnen und Genossen erscheint in Massen!

Aus der Gemeinderatssitzung vom 8. Juli. Der Gemeinderat beschließt, beim Bezirksamt die Feststellung der Baufluchten im Gewann Wasen zwischen der Bulacher- und Rheinstraße für das Baugelände des Bau- und Sparvereins hier ebenso im Gewann großer Gehren für die Arbeiterwohnhäuser des Kommerzienrat Lorenz zu beantragen. — Die Ausführung der Zimmerarbeiten beim Umbau der Seuchen- und Küchenbaracke an der Gutleuthausstraße wird dem Zimmermeister Adolf Geisert und die Schlosserarbeiten dem Schlossermeister Karl Glasstetter zu ihren Angeboten übertragen. — Der Gemeinderat nimmt von der Ueberlassung des Gutshofs des Herrn Kommerzienrats Lorenz an die Stadtgemeinde Ettlingen zur unentgeltlichen Benützung Kenntnis und spricht demselben hierfür den verbindlichsten Dank aus. — Zur Unterstützung der Feldhut sind bis zur Beendigung der Feldarbeiten im laufenden Jahr 4 Hilfsfeldhüter einzustellen. — Um das für die städt. Viehhaltung erforderliche Heu und Oehmd soweit als möglich auf der Gemarkung Ettlingen sicherzustellen, beschließt der Gemeinderat, zu Verpachtungen von Almendwiesen an auswärts wohnende Pächter die dem Gemeinderat vorbehaltene Genehmigung nur zu erteilen, wenn nach Besichtigung der betr. Almendwiesen durch den städt. Kulturmeister von einer Pachtung derselben durch die Stadtgemeinde abgesehen werden kann. — Die Aufseherstelle bei der städt. Gutsverwaltung überträgt der Gemeinderat dem Volontär-Verwalter Hans Hoffmann in Mannheim. — Der Gemeinderat beschließt, dem Touristenverein „Die Naturfreunde" hier für einen Kinderausflug eine kleine Menge Gries und Trockenmilch für die Verpflegung unentgeltlich zu überweisen und zum Transport der von der Militärverwaltung zur Verfügung gestellten Feldküche ein Pferd sowie einen städt. Fuhrmann zu überlassen. — Anstelle des als Schutzmann ernannten Friedrich Vögele, der seine Bewerbung zurückgezogen hat, wird Maschinenführer Rudolf Gleißle eingestellt.

Rastatt.

Sozialdemokratische Partei Rastatt. Samstag Abend 8 Uhr findet im „Anteriaale" Parteiversammlung statt. Gen. Müller-Beck wird einen Vortrag halten über: „Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Südamerika im Gegensatz zu Deutschland". Da noch sonst wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, wird erwartet, daß sämtliche Parteigenossen und Genossinnen zu der Versammlung sich einfinden.

Gewerkschaftskartell Rastatt. In der Montagsnummer des „Rastatter Tagblatts" brachte die U.S.P.-Rastatt eine Notiz folgenden Inhalts: Parteilokal ist das Gasthaus „Zum Rappen", steter Treffpunkt der Gewerkschaften und Parteifreunde. — Den gesamten freiorganisierten Gewerkschaftsmitgliedern zur Nachricht, daß nach wie vor das Verkehrslokal der Vereinigten freien Gewerkschaften das Gasthaus „Zum Anker" ist. Alle anderen Meldungen sind irreführend und zielen lediglich auf eine unverantwortliche Arbeiterzersplitterung hin.

Die städtischen Anlagen dürfen wir hiermit vielleicht einmal der Aufmerksamkeit und dem Schutze des Publikums empfehlen, und namentlich auch dem Interesse unserer Leser aus den Arbeiterkreisen. Dann aber auch dem „Regierenden Herrn Bürgermeister" und dem betreffenden Dezernenten im Gemeinderat, die anscheinend wohl nicht immer das nötige Interesse für derlei Angelegenheiten haben dürften. In den Kriegsjahren war das fehlende Interesse ja mehr oder minder verständlich, die Anlagen verwilderten, die Bänke und Brücken wurden zerschlagen, richtig demoliert und dergleichen. Nun sind wir aber diese Plaggeister glücklich wieder los und mancherlei ließe sich gerade eben noch retten, sofern man nur die rettende Hand anlegen wollte. Da sind, um nur ein Beispiel zu nennen, die Kletterrosen Brimson Rambler auf der Höhe und am Fuße der Rheinboldt-Höhe, die im Krieg verwildert und mit „Dornen und Disteln" zugedeckt sind; Entfernung dieser und richtiges Beschneiden rettet die „Königin der Blumen" eben gerade noch, erhält sie am Leben. Es muß aber bald geschehen, sonst hat es keinen Zweck mehr. Derartiges gibt es noch mancherlei zu monieren. Wir möchten die Allgemeinheit und die betreffende Stelle im Gemeinderat, die das Respiziat hierüber hat, darauf aufmerksam machen. Die Anlagen sind nicht allein die Sauerstofflungen der Stadt, sondern tragen auch zu ihrer Verschönerung, namentlich bei den in der gleichmäßig gestalteten Rheinebene liegenden Städten, außerordentlich viel bei, vermehren also deren Anziehungskraft für Fremde. Und Zuzug kapitalistischer Leute kann gerade Rastatt nach der Entfernung des Militärs sehr gut brauchen.

Aus dem Murgtal.

Hörden, 22. Juli. Am Freitag, 25. Juli, abends ½9 Uhr, findet im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung u. a.: Berichte über die beiden letzten Bürgerausschußsitzungen. Erscheine Jeder.

Baden-Baden.

Die Parteiversammlung am Montag, 21. Juli, hätte besser besucht sein können; jedenfalls war ein Teil unserer Genossen „aus Neugierde" in die Versammlung der „U.S.P.-Leute" gegangen, die auch an diesem Abend abgehalten wurde. Ihre Neugierde wird aber nicht voll gestillt worden sein, es sei denn, daß man am Phrasengeklingel mehr Freude hätte, als an ernster Rede und praktischer Arbeit. — Unser Vorsitzender Rapp wies eingangs der Versammlung in ernsten Worten darauf hin, daß heute unsere Gesinnungsgenossen in Frankreich, Italien und England gegen den Gewaltfrieden demonstrieren. Auch wir schließen uns erneut diesem Protest an. Die Spottgeburt von Versailles darf nicht Gesetz werden, weil dadurch ein arbeitsames und am Kriege unschuldiges Volk ruiniert würde. Es gilt, gegen den schon wieder sich fühlenden internationalen Kapitalismus und gegen die reaktionären Bestrebungen bei uns sowohl wie in den anderen Ländern entschieden Front zu machen. Aber wir wählen dazu nicht den politischen Streik, weil wir unser Wirtschaftsleben nicht noch mehr schwächen wollen, sondern wir bringen durch unseren Protest zum Ausdruck, daß wir willens sind, mit unseren Genossen in den genannten Ländern Schulter an Schulter zu kämpfen.

Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht über die Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß, gab dem Vorsitzenden unserer Rathausfraktion, Genossen Hauptlehrer Rudolph, Gelegenheit, der Versammlung in längeren Ausführungen ein anschauliches Bild von den zweitägigen Beratungen zu geben und Betrachtungen anzustellen darüber, wie wir in Zukunft unsere Tätigkeit inbezug auf die Kommunalpolitik einzustellen haben. Der 2. Vorsitzende, Genosse Hune, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, leitete die Aussprache über den Bericht ein, und es muß gesagt werden, daß wohl selten über eine Sache so anregend und erschöpfend gesprochen wurde, wie zu dieser. Wohl ein Dutzend Redner wußten durch ihre Ausführungen sich Gehör zu verschaffen und haben damit beigetragen, das Niveau der Aussprache auf beachtenswerter Höhe zu halten. Und so müßte es immer sein!

Unter „Verschiedenem" gab der Vorsitzende eine kurze Aufklärung über die Presseangelegenheit, die ein Für und Wider der Meinungen auslöste. — Eine lebhafte und lange Debatte entspann sich über die Ausführungen eines Genossen über die Verhältnisse im technischen Betrieb unserer Kurhausbühne. Wir wollen es uns heute versagen, auf all die Einzelheiten einzugehen, die hier vorgebracht wurden. Nur das eine sei gesagt: sorgt der Kurausschuß nicht sofort für Abhilfe und hören die Kündigungen und der zur Umgangssprache gewordene Feldwebelston preußischen Angedenkens nicht in allernächster Zeit auf, so wird die gesamte Arbeiterschaft und auch die Angestellten mit den schärfsten ihnen zu Gebote stehenden Mitteln klärend eingreifen. Ueber den Verlauf der Angelegenheit werden wir unsere Genossen durch die Presse auf dem Laufenden erhalten. — Der Bildungsausschuß unserer Partei, der im Drange der Gemeindewahlen und der sich anschließenden Fraktions- etc. Sitzungen etwas zurückstehen mußte, sollte jetzt seine Tätigkeit wieder aufnehmen; ebenso müßte jetzt allen Ernstes die Jugendbewegung gefördert werden.

Büchig b. Karlsruhe, 23. Juli. Unbegreiflichkeiten. Zu den Unbegreiflichkeiten unserer Ernährungswirtschaft gehört zweifellos folgendes: Die Bauern, welche die Gerste zu einem festgesetzten Preis abliefern müssen, erhielten im letzten Jahre 15 ℳ für den Zentner zugebilligt, mit dem sie auch schließlich zufrieden wären, wenn nicht alle Produkte, die sie kaufen müssen, derartig in die Höhe getrieben wären, daß man sprachlos ist. So mußte die hiesige Gemeinde für Kleie für den Fasselstall 25 ℳ den Zentner bezahlen, also für die Hülsen aus der Gerste, für die 15 ℳ bezahlt werden. Dabei ist es noch nicht mal richtige Kleie, sondern der reinste Dreck. Braucht man sich da zu wundern, wenn die Bauern mit den Preisen, die sie bekommen und gewiß hoch sind, unzufrieden werden?

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe, 24. Juli.**

Karlsruher Oberbürgermeisterwahl.

Oberbürgermeister Siegrist abgelehnt.

* Bei der Oberbürgermeisterwahl gestern abend machten von 122 stimmberechtigten Mitgliedern des Bürgerausschusses und des Stadtrates nur 47 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Von diesen stimmten nur 37 für den bisherigen Oberbürgermeister Siegrist und 10 gaben weiße Zettel ab. Herr Siegrist hat also nicht mal alle demokratischen Stimmen erhalten, denn von den Deutschnationalen dürften ihm 9 Stimmen zugefallen sein, desgleichen wohl auch die Stimmen der drei Bürgermeister. Die sozialdemokratische und die Zentrumsfraktion haben sich der Stimme enthalten.

Es muß nun ein neuer Wahlgang stattfinden, bei dem die Demokraten vermutlich Herrn Bürgermeister Dr. Paul als Oberbürgermeister vorschlagen werden. Wie bekannt, wird die sozialdemokratische Fraktion zur Bürgermeisterwahl den Stadtrat Gen. Sauer präsentieren, während das Zentrum einen Techniker in Vorschlag bringen will.

Oberbürgermeister Siegrist, der nach dem gestrigen Wahlgang aus den städtischen Diensten ausscheidet, war im Jahre 1890 in die Stadtverwaltung eingetreten. Im Jahre 1892 wurde er zum zweiten, 1901 zum ersten und 1906 (nach dem Tode Schnetzlers) zum Oberbürgermeister gewählt.

* **Sozialdemokratische Bürgerausschuß-Fraktion.** Freitag, 25. Juli, abends 7 Uhr, im kleinen Rathaussaal Fraktionssitzung. Tagesordnung: Beratung der Vorlagen.

Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Heute abend bei günstiger Witterung: Spaziergang sowie Spiele im Freien. Zusammenkunft ½8 Uhr am Spritzenhaus auf dem Engländerplatz. Bei ungünstiger Witterung Zusammenkunft im Jugendheim.

* **Postfiliale Marienstraße.** Die Bürgergesellschaft der Südstadt gibt bekannt, daß auf ihre Eingabe hin die Postfiliale in der Marienstraße wieder geöffnet ist.

Familienabend der „Harmonie". Am vergangenen Sonntag konnte der Gesangverein „Harmonie" nach langer Pause seine Mitglieder und deren Familienangehörige wieder einmal zu einer Abendunterhaltung im Saale zur „Walhalla" einladen, welche Veranstaltung auch sehr gut besucht war. Das Programm war von dem rührigen Dirigenten des Vereins, Herrn Louis Baldas, vortrefflich zusammengestellt, der Männerchor, wie auch der gemischte Chor, welche Lieder von Wengert, Baldas, Mendelssohn, Pfeil u. Breu sangen, lösten ihre Aufgaben sehr gut und merkte man an der abgerundeten und tonreinen Klangfülle das eifrige Studium, welches für die Gesänge verwendet war. Aber auch das übrige Programm konnte sich sehen lassen, so die Violinvorträge des Herrn Linnighäuser, das Walzerlied von Frau Kirschbaum, die humoristische Soloszene des Frl. Ernst, sowie das Auftreten des bekannten Humoristen Herrn Kreiser. Alles dies war dazu angetan, den Abend zu einem genußreichen und gemütlichen zu gestalten. Zuletzt seien jedoch die beiden vom Dirigenten Herrn Baldas verfaßten Theaterstücke „Der Wandersmann" und „Das komische Trio" erwähnt, welche einen großen Erfolg hatten und bei deren Aufführung sich besonders Herr und Frau Schnäbele, sowie die Damen Linnighäuser, Hauser, Ernst, Hassert, Einbolth, Kirschbaum, sowie die Herren Linnighäuser, Riesen und Rath rühmlichst hervortaten. Ein sehr gemütliches Tänzchen schloß die wohlgelungene Abendunterhaltung. P. G.

Der Friedensvertrag im englischen Unterhaus.

Rotterdam, 23. Juli. Wie aus London gemeldet wird, wurde der Friedensvertrag im Unterhaus in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegen die Haltung der Regierung in der irischen Frage eine Abstimmung verlangt hatten, mit 168 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englisch-französischen Vertrag betreffende Vorlage wurde in sämtlichen Lesungen einstimmig angenommen.

Laut „Nieuwe Rotterdamschen Courant" schreibt der Parlamentskorrespondent der „Daily News", daß die vorgestrige Beratung im englischen Parlament über den Friedensvertrag sehr zahm gewesen sei. Die Hauptredner enthielten sich einer entschiedenen Kritik. Maclean und Clynes z. B., die im Namen der Unabhängigen Liberalen bezw. der Arbeiterpartei sprachen, faßten die von ihnen angeführten Fragen mit Glacehandschuhen an. Der einzige Zweifel, den Maclean in seiner mit Lob gespickten Rede zum Ausdruck brachte, bezog sich auf den polnischen Korridor. Der Premierminister bemerkte, daß ihm diese Frage stets viel Sorge gemacht habe.

„Daily News" zollt volle Anerkennung der Rede Lord Robert Cecils, der die Beratungen in die höhere Sphäre des internationalen Idealismus gehoben habe. Robert Cecil machte aus seiner Enttäuschung über verschiedene Regelungen kein Hehl. Als Ganzes billigte er den Friedensvertrag, er hob jedoch ernstliche Bedenken gegen die Regelung betreffend 1. den polnischen Korridor, 2. das Saartal, 3. die 15jährige Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe, 4. die Nichtfestsetzung der von Deutschland zu bezahlenden Entschädigungssumme, die wie Cecil sagte, wegen der ihr anhaftenden Unsicherheit eine wirtschaftliche Wolke über Deutschland und ganz Europa bilden werde. Cecil fuhr fort: Der Friedensvertrag darf nicht als Vertrag der alten Sorte angesehen werden. Für den großen Staatsmann Smuts bedeutet er nur die Liquidierung des Kriegszustandes und wir müssen vom Völkerbund erwarten, daß er die Mängel des Vertrags beseitigt. Cecil sagte über den Völkerbund, er könne nur glücken, wenn er eine neue Auffassung über die internationalen Beziehungen bringe. Die Oeffentlichkeit solle das Wesen des Völkerbunds ausmachen und die Hauptsache, auf die man sich verlasse, sei die öffentliche Meinung. Er wisse wohl, daß die Militaristen, die offiziellen Sippen und all die alten Cliquen gegen den Bund seien. Er rechne jedoch auf die aufgeklärte Demokratie Englands, um den wichtigsten internationalen Versuch, der in unserer Zeit unternommen worden sei, zu unterstützen. Devlin forderte den Premierminister auf, die Regelung der irischen Frage in die Hand zu nehmen. Die Antwort Lloyd Georges fiel darauf kühl und trocken aus.

Vereinsanzeiger.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Karlsruhe. Samstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale", Kaiserstraße 13, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Nürnberg. Referent Kollege G. Schulenburg. Zu zahlreichem Besuch der Versammlung ladet ein. 5155.2

Die Ortsverwaltung.

Karlsruhe. (Gesangverein „Lassallia".) Heute Donnerstag 8 Uhr letzte Singstunde vor den Ferien. Nach derselben Sängerversammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreicher Besuch unbedingt nötig. 5164 Der Vorstand.

Durlach, 23. Juli, (Sozialdemokratischer Verein) Samstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Lamm" Mitgliederversammlung mit Vortrag von Landtagsabgeordneter Dr. Krauß über Verfassungsfragen. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht. Der Vorstand.

4696 Sabol Kopfwasch-Pulver

Kommunalpolitik.

Berghausen, 21. Juli. Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Nummer vom Samstag den 19. ds. Mts. war eine Notiz aus Berghausen, die in ihrem ersten Teil, soweit die Besetzung der Lebensmittelstelle in Frage kommt, der Richtigstellung bedarf. Es heißt dort, daß sich zu diesem Posten drei Bewerber gemeldet hätten, von denen derjenige Berücksichtigung gefunden hätte, der ein Vermögen von 100 000 M erreicht hätte, weil er auf demokratischem Standpunkt stehe. Die übrigen seien nicht berücksichtigt worden, weil sie keine Kaution in Höhe von 3000 M stellen konnten usw. Dazu ist folgendes zu bemerken: Von den drei sich meldenden Bewerbern mußten wir, d. h. die Gemeindeverwaltung, den fraglichen, vom Artikelschreiber kritisierten Herrn nehmen aus folgenden Gründen: 1. Der fragliche Herr ist in gesetzterem Alter, gelernter Kaufmann und bot die Garantie, die reformbedürftige Verwaltung unserer Lebensmittelstelle wieder ins Gleichgewicht zu bringen. 2. Mußten wir bei Neubesetzung dieses Postens auf Kaution bestehen, veranlaßt durch die Tatsache, daß „einige Tausend Mark" bis heute noch auf dem Fehlkonto der Lebensmittelstelle stehen. 3. Spielte der „demokratische" Standpunkt bei der Besetzung keine Rolle, sondern lediglich Zweckmäßigkeitsgründe waren es, die für den Gemeinderat maßgebend waren. Daß bei dem sehr eingezogenen Kreis der Bewerber der „Vermögensstand von 100 000 M" kein durchschlagender Grund für die Nichtanstellung des betr. Bewerbers sein konnte, sondern lediglich die Tüchtigkeit und Vertrauenswürdigkeit, liegt für Jeden unparteiisch Denkenden klar auf der Hand. Dazu kommt noch, daß sich während der mehr als achttägigen Frist zur Bewerbung für den Posten kein Kriegsbeschädigter gemeldet hatte, der sicher damals berücksichtigt worden wäre, die Fähigkeit für Bekleidung des Postens vorausgesetzt.

Was den zweiten Fall betrifft, so muß eben die Arbeiterschaft die Verhältnisse unserer Gemeindeverwaltung nehmen, wie dieselben durch die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiter anläßlich der Gemeinderatswahl geschaffen wurden. Es ist gut, daß diejenigen Arbeiter, die es nicht der Mühe wert gehalten haben, am Tage der Gemeinderatswahl ihre Pflicht zu tun und es damit ermöglicht haben, daß Berghausen trotz 9. November eine bürgerliche Gemeinderatsmehrheit erhalten konnte, an diesen und wahrscheinlich noch anderen Vorkommnissen sehen müssen, daß es eben nicht gleich ist, wer Gemeinderat ist bezw. wie die Verwaltung zusammengesetzt ist. Die Zeit für das richtige Protestieren war der Wahltag.

Trostlose Zustände in der Gemeinde Wöschbach.

Während die hiesigen Einwohner seit über sechs Wochen kein Fleisch bekommen können, wird das Schlachtvieh von einzelnen Landwirten zu Wucherpreisen nach auswärts verschachert. So soll letzte Woche bei dem Landwirt Josef Wachter hier über Nacht ein Rind aus dem Stall gestohlen worden sein. Bis heute hat sich nicht das Geringste ergeben, wird wohl auch dabei bleiben. In der Milchversorgung sind die Zustände noch trostloser. Während letztes Jahr 500 Liter täglich abgegeben wurden, kommen zurzeit kaum 100 Liter zur Abgabe, so daß mehrere Arbeiterfamilien mit kleinen Kindern schon längere Zeit ohne Milch sind. Wollte man alle Mißstände hier anführen, würde es zu weit führen.

Während solchen ungerechten Zuständen der hiesige Bürgermeister gleichgültig gegenübersteht, herrscht derselbe andererseits willkürlich seines Amtes. Wir fragen: Wer gibt z. B. denn dem Bürgermeister das Recht, ohne vorherige Vergebung, ja sogar ohne Wissen und Willen des Gemeinderats, die Stützmauer am neuen Schulhause eigenmächtig zu vergeben? Hätte diese Arbeit nicht als Notstandsarbeit ausgeführt werden können, zumal dieses Frühjahr eine große Anzahl Arbeitsloser unterstützt werden mußte, und voraussichtlich im kommenden Spätjahr sich dieselben noch vermehren werden. Dadurch wären der Gemeinde erhebliche Ausgaben erspart, aber dazu scheint die hiesige Behörde kein Verständnis zu haben. Wir richten an das Bezirksamt sowie die Regierung die dringende Bitte, diesen trostlosen Zuständen endlich einmal energisch entgegenzutreten, und müssen die Verantwortung über die Folge einer etwaigen Selbsthilfe genannten Behörden überlassen.

An die gesamte hiesige Arbeiterschaft aber richten wir die ernste Mahnung, noch vorerst sich beruhigen zu wollen, und sich nicht von radikalen Elementen hinreißen zu lassen.

* **Konstanz**, 22. Juli. Der Stumpenstreik hatt Erfolg. Die Raucher erhalten die Stumpen wieder zum alten Preis.

Wehr, 22. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl ist der Kandidat des Zentrums, Landtagsabgeordneter Karl Albietz, unterlegen. Gewählt wurde der Kandidat der Demokraten und Sozialdemokraten, Prokurist Otto Leber.

Literatur.

Die neue Erziehung". Sozialistische pädagogische Zweiwochenschrift. Herausgeber: Dr. M. H. Baege, Unterstaatssekretär z. D. im preußischen Kultusministerium. — Im vorliegenden Heft findet sich ein grundlegender Aufsatz des Herausgebers, betitelt: „Das alte und das neue Erziehungsideal". Die bisherige Erziehungsmethode, die, von äußerlichen Gesichtspunkten geleitet, ohne Rücksicht auf die Individualität eine Menge unverdauliches Wissen in die Schüler hineinstopfte, muß der neuen Erziehung weichen, die bestrebt ist, das was die alte Erziehung durch ihren mechanischen Massenbetrieb erstickte und verschüttete, das selbständige eigentümliche geistige Leben der Zöglinge, in reiner Entwicklung zu schützen und zu pflegen, denn ihr Bildungsideal heißt geistige Selbständigkeit. Geistige Selbständigkeit ist aber nichts anderes als Ausbildung zu einer Persönlichkeit. — Weiterer Inhalt des wichtigen, sehr empfehlenswerten Heftes: Dr. Kurt Löwenstein: Grundfragen sozialistischer Pädagogik. — Lehrerin Martha Schumann: Die Hauptprinzipien der Neuschule, II. Das neue Lehrplanprinzip und die Organisation der Schule. — Prof. Dr. Goldstein: Aufruf zur Gründung eines Weltverbandes für internationale Erziehung. — Rundschau: Pädagogik der geistig und sittlich Abnormen, Dr. Carl Wilker, Direktor des städtischen Erziehungsheims Lindenhof. — Lehrerbewegung. — Von der Schule. — Zur Kulturpolitik. — Leitsätze über Volkshochschulen. — Vertreterversammlung des deutschen Lehrervereins. — Die Stellung des Sozialistischen Lehrervereins zum Deutschen Lehrerverein. — An die werktätige Jugend, ein Aufruf. — (Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 5.— M und Bestellgebühr, dagegen 6.— M wenn direkt im Briefumschlag bezogen vom Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. Preis des Einzelheftes 1.— M, des Doppelheftes 1.50 M.) R.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: **Hermann Kadel**; für den Anzeigenteil **Gustav Krüger**, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Darmstädter Hof Karlsruhe
Weinstube 5142
Ecke Kreuzstrasse und Zirkel, Telefon 226
Preiswerte Weine ○ Gute Küche
Hochachtend Fritz Hohl.
Wein-Verkauf über die Strasse.

Stadtgarten.
Freitag, den 25. Juli 1919, abends 7½—11 Uhr
Volkstümliche Musik-Aufführungen des Orchester-Vereins Karlsruhe
Leitung: Kapellmeister Karl Krohne.
Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 ₰ Lustbarkeitssteuer.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in der Glashalle der Stadtgarten-Wirtschaft statt.

Berichtigung. 5148
In der Bekanntmachung über die Verteilung von weißem Käse am 22. Juli muß es heißen
gegen die Warenmarke J Nr. 116
statt J Nr. 117.
Karlsruhe, den 23. Juli 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Obst-Verteilung.
In den Obstverkaufsgeschäften 5125
Nr. 62 bis 81 einschl.
kommen heute, den 24. Juli, Kirschen zur Verteilung.
Kopfmenge 2 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 3 zum Preise von 75 Pfg. pro Pfund.
In den Geschäften
Nr. 62, 63 und 65
gelangen Kirschen oder Frühäpfel, Kopfmenge 2 Pfund, gegen die Obstmarke Nr. 3, die Frühäpfel zum Preise von 60 Pfg. für das Pfund zum Verkauf.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Handkäse.
In den allgemeinen Lebensmittel-Verkaufsstellen von Nr. 6 bis 290 einschl. gelangen an die eingetragene Kundschaft am Freitag, den 25., und Samstag, den 26. Juli 1919 Handkäse zum Verkauf.
Es wird abgegeben:
auf die Haushaltmarke A Nr. 57 1 Stück
auf die Haushaltmarke B Nr. 57 2 Stück
Preis 48 Pfennig pro Stück.
Karlsruhe, den 23. Juli 1919. 5151
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Wir haben eine größere Anzahl sehr preiswerter
Kisten
aller Größen für alle Zwecke geeignet abzugeben. 5005
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.
(Lager Kriegstraße 5a).

Neu erschienen:
Wanderkarte von Karlsruhe u. Umgebung
Preis 1.50 Mark
Porto 10 Pfennig
Volksbuchhandlung der Soz. Partei
Adlerstraße 16

Dienger-Stiftung.
Aus der Stiftung der verstorbenen Frieda Dienger, Ehefrau des verstorbenen Dr. Josef Dienger, sind für dieses Jahr 1248 Mk. verfügbar.
Diese Mittel sollen zur Unterstützung von Kindern (männlich oder weiblich) hiesiger christlicher Witwen verwendet werden, welche ein Gewerbe oder einen Beruf ergreifen wollen, zu welchem die Kenntnis der alten Sprachen nicht erforderlich ist. Als Unterstützung sollen jährlich 100—200 Mk., ausnahmsweise Mk. 300 gegeben werden und zwar gewöhnlich auf 2 Jahre.
Bewerbungen um diese Unterstützungen sind längstens bis Samstag, den 2. August ds. Js. unter genauer Angabe der persönlichen und Vermögensverhältnisse der Bewerber bei uns einzureichen.
Karlsruhe, den 14. Juli 1919. 5014
Das Bürgermeisteramt.

Schellfisch, Cabliau, Schollen, Rotzungen, Heilbutt, Steinbutt
empfiehlt 5158
Herm. Munding
Kaiserstr. 110. Fernruf 5542.

Städtisches Konzerthaus.
Donnerstag, den 24. Juli 1919. 5152
Liebe im Schnee.
Operette in drei Akten von Ralph Benatzky und Willy Prager. Musik von Ralph Benatzky.
Anfang ½8 Uhr. Ende ½11 Uhr.

Für 5156
Schneider!
Ein Posten prima Satin-Aermelfutter
100 cm breit
Arthur Bär, Karlsruhe
Kaiserstrasse 133
Eing. Kreuzstr. 1 Tr.

Gesucht: Gute Weinkeller möglichst mit Fässern.
Offerten unter Nr. 5150 an das Volksfreundbüro erbeten.

Zu kaufen gesucht
Betten und Sofa
wenn auch defekt. Postkarte genügt. 5158
Wunsch, Adlerstr. 36 III.

Soeben eingetroffen
Schwere Aluminium-Geschirre
Kiefer-Einkochapparate und -Gläser
Gummiringe und Deckel
auch für andere Systeme
Kaffeebrenner
Haushaltungswagen
Fleischhackmaschinen
Bohnenschneider
Wäscheleinen
(Hanf- und Drahtseil)
Verzinktes Drahtgeflecht
bei 5108
C. F. Werner
Eisenhandlung
Gaggenau i. B.

Stahlwaren-Haus Ernst Kratz
4837
Kaiser-Strasse 199 a
(Ecke Waldstrasse).

Kriegsinvalide
mit etwas Fachkenntnisse für Lager gesucht. 5153
Georg Hanstein & Cie.
Elektr. Installationsbüro,
Augartenstraße 6.

Ab heute
und in den nächsten Tagen werden wegen Aufgabe der Artikel
spottbillig verkauft:
Baß-, Cello-, Violine-, Laute-, Gitarre-, Mandoline-, Zither-Saiten, Stimmpfeifen, Stimmgabeln, Kinnhalter, Saitenhalter, Stege, Piccolopflöten, Mandolinenschoner, Mundharmonikas, Zitherringe, Lauten- und Mandolinenbänder u. Träger, Tragsäcke für Mandoline und Gitarre. 5112
Wilhelmstraße 32 II.

Wegen Platzmangel bill. zu verk.: Chaiselongue, Divan, Schränke, ganze Betten, kl. Buffett, eichener Bücherschrank, neue Küchenschränke, ganze Küchen, Salontische, polierte Kinderbetten 2c 2c. 5119
Krämers Möbelhandl., Kaiserstr. 69, Ecke Waldhornstraße.

6 Legehühner
(rebf Italiener) 1918er Brut zu verkaufen. 5103
Leopoldstraße 46 I.

Jeder Mensch!
Mann od. Frau verl. noch heute kostenl. Ueberf. m. Prosp. üb. bahnbrechend. hyg. Art. Standard-Versand, Stuttgart 4.

Bett-nässen
bei Kindern u. Erwachsenen empfehle mein auserprobtes „Siccus". Paket 5.50 M, drei Pakete (meist ausreichend) 15 M. Hildebrandt, Versandhaus 203, Berlin Nr. 4, Invalidenstraße 8. 3831

Freie Turnerschaft Karlsruhe
Am Freitag, den 25. ds. Mts. findet im „Auerhahn" eine
Abteilungs-Versammlung
der Südstadt, abends um 8½ Uhr statt, wozu unsere passiven sowie aktiven Turngenossen dringend eingeladen sind.
Erscheinen aller Turngenossen Pflichtsache.
Der Turnwart.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Alfred Kunz von hier, Schleifer hier, mit Emilie Keßler von hier. Alfred Himmelsbach von Dinglingen, Postassistent hier, mit Elsa Brecht von hier. Gustav Kammerer von hier, Kfm. hier, mit Jakobine Rosenberg von hier. Johannes Schorle von Jöhlingen, Maurer hier, mit Karoline Vollmer geb. Jehle von Schenkenzell. Herm. Güntner von Ripter, Postschaff. hier, mit Maria Schmidt Ww. von Huzenbach. Karl Felleisen von Jöhlingen, Maschinist hier, mit Anna Burr von Stuttgart. Erich Feeder von hier, Techniker hier, mit Joh. Henninger von hier. Franz Worner von Obersasbach, Schmied hier, mit Viktoria Wilhelm von Beuren. Karl Rühle von Zuffenhausen, Prokurist hier, mit Rosa Stimm von Eßlingen. Rudolf Schuh von hier, Gewerbelehrer hier, mit Anna Feederle von Malstatt-Burbach. Fr. Stauch von hier, Kaufm. hier, mit Luise Fricke von hier. Wilhelm Rüdinger von hier, Bankvorstand hier, mit Hedwig Zink von hier.

Todesfälle. Karoline Stober, ohne Beruf, ledig, alt 75 Jahre. Sofie Ritter, alt 52 Jahre, Ehefrau von Kaspar Ritter, Professor. Aug. Weinacker, Händler, Witwer, alt 62 Jahre.

Drucksachen liefert die Buchdruckerei Volksfreund